



Gedenkstätten Rundbrief

Zur Diskussion

- 3 Anmerkungen zu den jüngsten Diskussionen um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und das »Haus der Erinnerung«
von *Dr. Günter Morsch*

Berichte

- 6 »Faszination und Gewalt« – Vom Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg
von *Eckart Dietzfelbinger*
- 18 Die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken
von *Irmela Roschmann-Steltenkamp*
- 25 Überlegungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Selbstorganisation der Gedenkstätten für NS-Opfer – Ein Zwischenbericht
von *Thomas Lutz*

Neue Medien

- 33 Online-Diskussionsforum für Gedenkstätten
von *Thomas Lutz*

Dokumentation

- 34 Zum Vorschlag des Staatsministers für Kultur – Michael Naumann –, statt eines Holocaust-Denkmals in Berlin ein »Haus der Erinnerung« zu errichten
von der *Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten*
(*Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen, Geschäftsführung: Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstättenreferat*)

- 37 Veranstaltungshinweise

Forschungsvorhaben

- 39 Fragebogen
- 41 Realisierungswettbewerb Neubau sowjetisches Speziallagersmuseum Nr. 7 /Nr. 1 (1945–1950), Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen
von *Horst Seferenz und Thomas Lutz*

- 44 Literaturhinweise

Einlage

Einladung und Programm zum bundesweiten Gedenkstättenseminar 18.–21. November 1999 in Dachau:
»Didaktische Zugänge zu historischen Orten –
Das Beispiel KZ-Gedenkstätte Dachau«

Titelfoto:

Sprengung der Pfeilergalerien der Zeppelintribüne im Juni 1967

Quelle: Städtisches Bild-, Film- und Tonarchiv Nürnberg

Siehe hierzu auch den Artikel von Eckart Dietzfelbinger in diesem Heft.

Anmerkungen zu den jüngsten Diskussionen um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und das »Haus der Erinnerung«

von Günter Morsch

Die Empfehlungen der Enquête-Kommission

In vielen Anhörungen haben die Gedenkstätten in den letzten zehn Jahren seit der deutschen Einheit oft gegessen und man sollte meinen, es sei alles gesagt worden. Die Enquête-Kommission unter dem Vorsitz von Rainer Eppelmann und Siegfried Vergin hat in mehreren Anhörungen zusammengekommen Hunderte von Opfern, Opferverbänden und Experten angehört und eine insgesamt bewundernswerte Arbeit geleistet.

Der Schlußbericht liegt erst seit einem dreiviertel Jahr vor und schon kann man den Eindruck haben, all das jahrelange Ringen um einen außerordentlich schwierigen Gegenstand sei fast schon in Vergessenheit geraten. Als jemand, der immer noch an das Webersche Politik-Ideal vom Bohren dicker Bretter glaubt, ist man verwundert. Leider hat es sich immer mehr durchgesetzt, daß es für die Beteiligung am Diskurs um die Bewertung der nationalsozialistischen Diktatur anscheinend weniger auf historisches Wissen und Kenntnisse als auf introvertierte Betroffenheit ankommt. Das wirklich Sensationelle, nämlich daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein weitgehend von allen demokratischen Parteien, Institutionen und Verbänden gemeinsam getragenes Konzept deutscher Erinnerungskultur erarbeitet wurde, droht unverdienterweise in den Hintergrund zu rücken. Dabei hatte die neue Bundesregierung sowohl in ihrer Koalitionsvereinbarung als auch in der Regierungserklärung des Kanzlers sich dankbarerweise klar und eindeutig für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquête-Kommission ausgesprochen.

Ich will die in unserem Zusammenhang zwei wichtigsten Empfehlungen wiederholen: 1. Die dezentrale Erinnerungskultur hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. Ein Holocaust-Museum wird daher abgelehnt. 2. Es gilt den Transformationswandel der Gedenkstätten von bloßen Orten der Trauer und des Gedenkens zu Orten zeit-historischer Museen und aktiven Lernens zu befördern. In meiner Wahrnehmung bedeutet die vorgeschlagene Eisenmann III-Lösung das genaue Gegenteil. Es geht weniger um eine Entscheidung über 15 Millionen oder 150 Millionen; es geht um die Entscheidung um den zukünftig einzuschlagenden Weg deutscher Erinnerungskultur. Wir stehen an einem Scheideweg.

Der künstlich authentische Ort

Bei einem Besuch in Krakau im vergangenen Jahr kam ich auch in das ehemalige Jüdische Viertel der Stadt, aus dem die Deutschen zuerst fast ausnahmslos alle Bewohner zu ihrer Ermordung deportiert und anschließend Wohnhäuser und Synagogen völlig abgerissen hatten. Man hat versucht, das Viertel wiederaufzubauen, auch mit einem jüdischen Restaurant, in dem ein polnischer Wirt amerikanischen Touristen »gefüllten Fisch« serviert. An einem Haus gegenüber der wiederaufgebauten Synagoge

befindet sich ein Schild, wo sogenannte »Schindler-Tours« angeboten werden. Mit einem Bus fahren die Touristen nicht etwa zu dem authentischen Ort des nahegelegenen Arbeits- und Konzentrationslagers Plaszow, sondern zur künstlich von Spielberg errichteten Filmkulisse. Derweil verrottet die Villa des Kommandanten Amon Göth, und in den baulichen Überresten eines der schrecklichsten Lager wird wild Müll abgelagert.

Es geht nicht nur darum, diese zutiefst verunsichernde Realität als Vision künstlicher authentischer Orte zu beschwören, sondern darum, auf einen in allen bisherigen Gesellschaften, in Ost und West, im Umgang mit den Orten des Schreckens angelegten, häufig unbewußten Entscheidungsmechanismus hinzuweisen: Geraten Mahnmale und Museen in die Konkurrenz zu den authentischen Orten, dann ist die Gesellschaft in der Versuchung, die Manifestation gegenwärtiger, zeitgenössischer Interpretation von Geschichte für wichtiger zu erachten als den Schutz der originalen Relikte an den Orten, die zwangsläufig immer neuer Interpretationsanstrengungen bedürfen. Vor diese Wahl gestellt, hat man sich in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der DDR bisher immer wieder gegen das ständige und unbequeme Bemühen um den Erhalt der Relikte und die damit zwangsläufig verbundene interpretative Offenheit von Geschichtsdeutungen entschieden. Vermeiden wir also diese Zwangssituation, in die wir m.E. erst in vollem Umfang durch den sogenannten Eisenmann III-Entwurf hineingeraten sind.

Der »Holocaust« – eine Metatheorie

Der »Holocaust« ist schon seit langem keinesfalls mehr allein eine Bezeichnung für den Völkermord an den Juden, sondern der Begriff steht für den Versuch einer übergreifenden Geschichtsinterpretation des Nationalsozialismus, dessen unterschiedliche Verbrechenskomplexe sich unter einem Kausalzusammenhang bündeln ließen. Es geht also nicht mehr um die durchaus begründbare Singularität des nationalsozialistischen Völkermords an den Juden, sondern mehr noch um eine historische, philosophische, anthropologische und kulturelle Metatheorie. Der beste Beleg dafür ist das Konzept der Initiative des Holocaust-Museums, in dem die verschiedenen historischen Wurzeln und Ursachenzusammenhänge für unterschiedliche Phänomene, von der Verfolgung politischer Gegner, über den Rassenmord an den Juden bis hin zu den Lagern in Serbien, unter einen Begriff gebracht werden, den des Holocaust. Auch hier hat die Enquête-Kommission zu Recht vor allzu schnellen Vergleichen und Gleichsetzungen gerade in Deutschland gewarnt, wo die wissenschaftlich legitime Methode des historischen Vergleichs schnell als politische Instrumentalisierung und historische Relativierung mißverstanden werden kann.

Der so verstandene »Holocaust« ist eine spezifische, zeitgenössische Theorie wie andere Theorien, etwa die Faschismus-Theorie der DDR oder die Totalitarismus-Theorie des Westens, auch. Sie entspricht in erster Linie dem Empfinden der überlebenden Juden, die nach Israel und in die USA dem Völkermord entkamen und vor allem der dort lebenden zweiten und dritten Generation. Das nationalsozialistische Programm der »Endlösung« kann aus der Sicht der Opfer kaum anders als das konsequente Ergebnis jahrhundertelangen Judenhasses, eines »ewigen Antisemitismus«, empfunden

werden. Es ist daher kein Zufall, daß etwa im Holocaust-Museum in Washington die Täter und ihre Motive sowie die komplexen Quellen nationalsozialistischer Politik fast vollkommen ausgeblendet werden. Daher wird im sogenannten Eisenmann-III-Entwurf die gelegentlich kritisierte Hierarchisierung der Opfer im Museum nicht, wie von vielen gewünscht, aufgehoben, viel schlimmer: Die Metatheorie des »Holocaust« wölbt sich ikonographisch dominierend über die museale Darstellung des Schicksals der anderen Opfer, die erst durch diese symbolische Überformung zu Opfern zweiter Klasse werden könnten.

Museale Integration, nicht Segregation der NS-Diktatur

In Deutschland aber muß es darum gehen, die braune Diktatur nicht als Katastrophe oder Zivilisationsbruch außerhalb der langen Wellen von Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Geschichte zu isolieren, nach der Devise: Es gab gute Phasen der deutschen Geschichte, und es gab böse Phasen der deutschen Geschichte. Zwei Konzepte scheinen mir daher in Deutschland angemessen zu sein: Zum einen die Darstellung des Nationalsozialismus am Ort des Geschehens, in der die Nachbarschaft von Tat, Täter und Tatort und damit die gesamtgesellschaftliche Verantwortung sinnfällig wird.

Zum zweiten die museale Integration in den Gesamtzusammenhang deutscher Geschichte, damit der Nationalsozialismus nicht zur isolierten Phase stilisiert werden kann, die mit ein paar Filmchen und ein paar inszenierten Kriegstrümmern vor dem Hintergrund der Hunderte von Jahren deutscher Geschichte auf eine Marginalie von bloß zwölf Jahren, einen Betriebsunfall, zusammenschmilzt. Das aber ist die schwierige, noch zu leistende Aufgabe aller historischer Museen in Deutschland, vom Heimatmuseum bis zum Deutschen Historischen Museum.

Die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur ernsthaft als Bestandteil deutscher Geschichte anzunehmen, heißt also, sie zu integrieren, entweder am authentischen Ort oder eingebettet in eine breite museale Darstellung der ganzen deutschen Geschichte, um nach Kontinuitäten zu fragen, die die Verbrechen in den Jahren 1933 bis 1945 ermöglichten oder solchen, die in unsere Gegenwart hinein wirken. Integration nicht Segregation.

Ein »Haus der Erinnerung«?

Sollte aber eine Variante angestrebt werden, bei der das bloße Mahnmal um ein Haus der Erinnerung ergänzt wird, so wären m.E. zwei Dinge zu vermeiden: Zum einen kann das Haus der Erinnerung nicht die Interpretation eines Kunstwerkes liefern, das per Definition den Anspruch ikonographischer Selbsterklärbarkeit nicht preisgeben darf. Zum zweiten sollte ein solches Haus aus den erwähnten Gründen nicht versuchen, Darstellungen des Schicksals anderer Opfergruppen per diskriminierendem Huckepackverfahren unterzubringen. Ein Haus der Erinnerung könnte vielmehr die von vielen positiv bewertete Bus-Stop-Idee aufgreifen und die Verweise auf die Gedenkstätten an den authentischen Orten für die Besucherinnen und Besucher des Holocaust-Mahnmals in eine sinnvolle didaktisch-pädagogische Textur deutscher Erinnerungskultur einfügen.

*Dr. Günter Morsch ist
Direktor der Stiftung
Brandenburgische
Gedenkstätten und
Leiter der Gedenkstätte
und Museum Sachsen-
hausen.*

»Faszination und Gewalt«

Vom Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg
von Eckart Dietzfelbinger

Der Name Nürnberg ruft wie keine andere Stadt Erinnerungen an die Zeit des »Dritten Reiches« wach: Neben der Bestimmung zur »Stadt der Reichsparteitage« mit dem größten Propagandaspektakel des Regimes wurden hier 1935 die sogenannten »Nürnberger Gesetze« erlassen, die Juden und später andere Minderheiten entrechteten; ferner erschien hier das antisemitische Hetzblatt »Der Stürmer«, herausgegeben vom fränkischen Gauleiter Julius Streicher; hier zogen schließlich die Siegermächte in den Nürnberger Prozessen NS-Täter zur Rechenschaft.

Die Stadt hat mit diesem beschädigten Ruf zu leben. Wie schwierig das ist, zeigt der Umgang mit dem früheren Parteitagsgelände seit 1945.¹ Stilistische Merkmale und Relikte der Herrschaftsarchitektur können in Nürnberg wie nirgends sonst in Deutschland besichtigt werden.

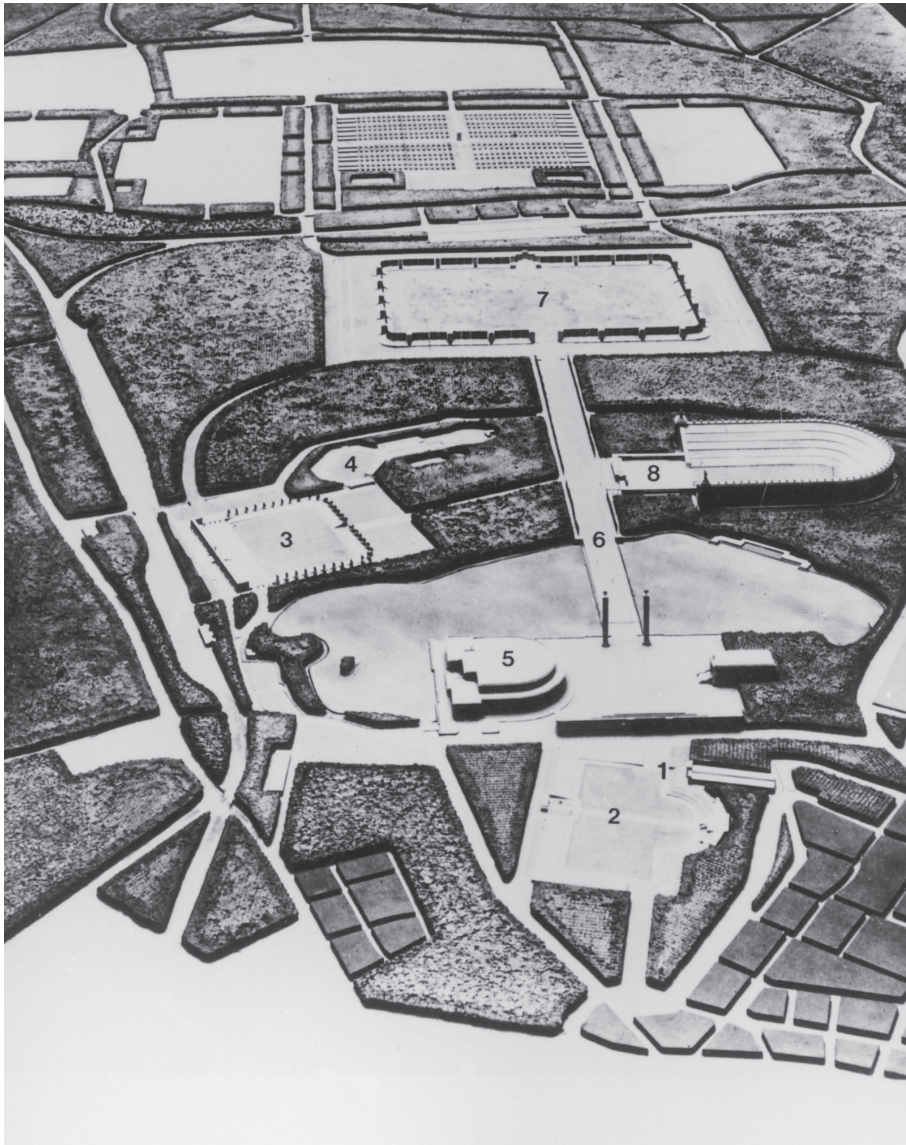
1. Zur Geschichte des Reichsparteitagsgeländes

Die Bestimmung Nürnbergs zur »Stadt der Reichsparteitage« von seiten der Nationalsozialisten ist nach aktuellem Forschungsstand vorwiegend auf pragmatische Gründe zurückzuführen (wohlwollende Haltung der örtlichen Polizeibehörde gegenüber der NSDAP u. a.). Darüber hinaus galt die Stadt vaterländischen und rechtsextremen Verbänden aufgrund ihrer herausragenden Rolle im Mittelalter als ein deutscher Traditionsort. Bereits 1923 hatten sie sich hier zum »Deutschen Tag« versammelt, um an den Sieg über Frankreich 1871 zu erinnern. 1927 und 1929, noch in der Weimarer Republik, hielten die Nationalsozialisten ihren dritten und vierten Parteitag in der Innenstadt und im Luitpoldhain ab.

Nürnberg selbst war bis 1933 eine Arbeiter- und Industriestadt und eine Hochburg der Sozialdemokratie.

Im Sommer 1933 legte sich Hitler für die zukünftige Abhaltung der NS-Reichsparteitage auf Nürnberg fest. Das traditionelle Naherholungs- und Freizeitgebiet der Stadt um die beiden Dutzendteiche mit der Parkanlage Luitpoldhain, dem städtischen Stadion und dem Tiergarten im Südosten Nürnbergs, etwa 2,5 km vom Zentrum entfernt, wurde auf einer Fläche von elf Quadratkilometern zum »Reichsparteitagsgelände« umgestaltet. Was dem im Wege stand, wurde beseitigt. Z. B. mußte der Tiergarten an einen anderen Ort verlegt werden. Mit der Gesamtleitung der Bauten wurde der Architekt Albert Speer beauftragt. Er setzte das Parteitagsgelände zur mittelalterlichen Silhouette der Altstadt mit der Kaiserburg in Bezug.

Für die Durchführung und Finanzierung der Reichsparteitage sowie des Bauprogramms wurde 1935 der »Zweckverband Reichsparteitage Nürnberg« (ZRN) gegründet, dem die NSDAP, das Deutsche Reich, das Land Bayern und die Stadt Nürnberg angehörten. Aufgrund der megalomanen Planungen mußten die Kostenvoranschläge mehrfach deutlich erhöht werden. Lagen sie im Dezember 1934 bei 80 Millionen Reichsmark (RM), waren es 1938 bereits 600 Millionen.² Tatsächlich dürften die Kosten für die Parteitagsbauten die Summe von einer Milliarde RM weit überschritten haben.



Modell des Reichsparteitagsgeländes
 1 Alte Kongreßhalle
 (im Krieg zerstört)
 2 Luitpoldarena
 3 Zeppelinfeld
 4 Städtisches Stadion
 5 Kongreßhalle
 6 Große Straße
 7 Märzfeld
 8 Deutsches Stadion
 Quelle: Museum der Stadt Nürnberg

Von 1933–1938 hielten die Nationalsozialisten in der dafür ausgebauten Luitpoldarena und -halle, auf dem von Albert Speer entworfenen Zeppelfeld mit der Tribüne, im städtischen Stadion sowie in der Innenstadt Nürnbergs einmal im Jahr einen »Reichsparteitag« zur Selbstdarstellung und Machtdemonstration des »Dritten Reiches« ab. Er dauerte jeweils eine knappe Woche und brachte bis zu einer Million Menschen aus ganz Deutschland in die Stadt. Im Mittelpunkt standen zahlreiche Appelle und Aufmärsche aller bedeutender Organisationen des NS-Staates (Wehrmacht, SA, SS, Hitlerjugend u. a.). Der Kult um den »Führer« Adolf Hitler dominierte die Parteitage. Hinzu kam ein umfangreiches Begleitprogramm mit Sondertagungen, Ausstellungen, Konzerten, sportlichen Schaukämpfen und einem Volksfest. An dieser Stelle kann nicht näher auf die Parteitage eingegangen werden.³

1937 bis 1939 wurde am nordwestlichen Rand des Areals die SS-Kaserne errichtet. Nach Auffassung des bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege handelt es sich um die bedeutendste Kasernenanlage des »Dritten Reiches« in Deutschland.⁴

Annähernd fertiggestellt war bis 1939 die Große Straße, von Speer als Achse des Geländes konzipiert (2 km x 60 m); sie wurde aber nicht mehr benutzt. Im Südosten wurden für die SA, SS, Hitlerjugend und andere NS-Organisationen eine Lagerzone zur Unterbringung der Teilnehmer mit der erforderlichen Infrastruktur angelegt. Am nördlichen Rand errichteten die Nationalsozialisten 1937 eine Stadt für die NS-Organisation »Kraft durch Freude« (KdF). In den Holzbauten fanden zur Unterhaltung der Parteitagsbesucher Folklore- und Volksfestveranstaltungen statt.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 wurden die rasch fortschreitenden Bauarbeiten auf dem Gelände eingestellt, die erforderliche Beschaffung von Naturstein sowie weitere Planungs- und Projektierungsarbeiten für Nürnberg und andere große Bauvorhaben im Deutschen Reich auf Weisung Hitlers aber fortgesetzt.⁵ Nach Abschluß des Westfeldzuges erfolgte die Wiederaufnahme der Bautätigkeit auf dem Gelände auch unter Rückgriff auf Kriegsgefangene, die an der Kongreßhalle und an der Fundamentierung des Deutschen Stadions arbeiten mußten. Letzteres war das größte Bauprojekt überhaupt (geplant für 400 000 Zuschauer) und besaß hinsichtlich der Natursteinbeschaffung 1941 absolute Priorität. Gewaltige Mengen an Granit wurden nach Nürnberg geliefert; mehr als 80 Steinbruchbetriebe waren dabei eingebunden.⁶ Die Eile und die vorgesehenen Dimensionen der Parteitagsbauten begünstigten diejenigen Firmen, die durch Kontrolle über ihre Arbeitskräfte ihre Ressourcen ganz auf die Produktionsvorgaben ausrichten konnten.

Hierfür war die SS, die die vollständige Kontrolle über die Gefangenen in den Konzentrationslagern ausübte, prädestiniert. Eines ihrer Ziele war es, mittels der eigenen Firma »Deutsche Erd- und Steinwerke« (DEST), die in Verbindung mit der Errichtung von Konzentrationslagern Steinbrüche erwarb, das Monopol über die Produktion von Natursteinen (Granit, Marmor etc.) in Konkurrenz zur deutschen Bauwirtschaft zu erringen. Der Verkauf versprach aufgrund der außerordentlichen Bauvorhaben des NS-Regimes und der damit verbundenen ideologischen und ästhetischen Vorgaben einen gesicherten Markt und ein lukratives Geschäft. 1941 beherrschte die DEST nach eigenen Angaben aufgrund einer Steigerung der Werkstein-Kapazitäten um 30 % in den KZ Struthof-Natzweiler, Groß-Rosen, Flossenbürg und Mauthausen ein Achtel der gesamten Granitsteinindustrie.⁷ Diese vier Lager sind es auch, die betreffend Zwangsarbeit mit dem Reichsparteitagsgelände in Verbindung standen.



*Baustelle Kongreßhalle
mit Modellelement
aus Holz, 1937
Quelle: Städtisches
Bild-, Film- und
Tonarchiv Nürnberg*

Beim Brechen von Steinen zum Bau der Kongreßhalle und des Deutschen Stadions wurden Tausende von KZ-Häftlingen nach dem Prinzip »Vernichtung durch Arbeit« zu Tode geschunden.⁸

Die Fortsetzung des Krieges brachte die Bauarbeiten auf dem Gelände Ende 1942 wieder zum Stillstand. Auf dem Märzfeld waren elf der 24 Türme errichtet, die Kongreßhalle bis zur dritten Etage als größter, wenn auch unvollendeter Monumentalbau des »Dritten Reiches« hochgezogen. Vom geplanten Deutschen Stadion blieb neben den ausgeführten Fundamentierungsarbeiten eine große Baugrube zurück.

Die Administration des Parteitagareals »NS-Reichsparteitage« lief bis zum März 1945 unter Federführung des Reichsfinanzministeriums weiter. Zwar stellte sie in den letzten beiden Jahren eine Schattenorganisation dar, aber die außerordentliche Bedeutung des Nürnberger Projektes wird nicht zuletzt dadurch erkennbar, daß zum Nachfolger des 1941 verstorbenen Leiters des ZRN, Hanns Kerndl, der Chef der Parteikanzlei und Sekretär Hitlers, Martin Bormann, ernannt wurde.

Zur Geschichte des Parteitagareals gehören zwei weitere Kapitel, die hier nur erwähnt werden können. Während des Krieges wurden das SA- und HJ-Lager zum Kriegsgefangenenlager Nürnberg-Langwasser (Stalag XIII D) umfunktioniert, in dem zeitweise bis zu 30 000 Kriegsgefangene zusammengepfercht waren. Viele von ihnen wurden zu Arbeitseinsätzen in Nürnberger Rüstungsbetrieben gezwungen. Mehrere tausend Menschen kamen aufgrund der katastrophalen Bedingungen im Lager und bei der Zwangsarbeit ums Leben.⁹ Vom Bahnhof Märzfeld auf dem Reichsparteitagsgelände wurden Juden aus Nürnberg und Franken in die Vernichtungslager deportiert.¹⁰

2. Das frühere Reichsparteitagsgelände und seine Nutzung

US-Armee

Am 20. April 1945 nahm die US-Armee nach heftigen Kämpfen Nürnberg ein. Drei Tage später hielt sie ihre dritte Siegesparade auf der Zeppelintribüne ab und sprengte anschließend das auf dem Mittelbau der Haupttribüne installierte Hakenkreuz. Die US-Armee beanspruchte nach Kriegsende die vormalige SS-Kaserne sowie Flächen des Geländes um das Märzfild für eigene Zwecke. Auf einem Teil des ehemaligen SA-Lagers internierte sie führende NSDAP- und SS-Mitglieder. Im November 1946 gab sie die Verwaltung dieses Civil Interment Camp an deutsche Behörden ab. Die Große Straße diente ihr von 1951 bis 1986 als Feldflugplatz für ihre Luftwaffe. Bis zu ihrem Abzug 1992 nach dem Ende des Kalten Krieges nutzte sie verschiedene Bauten und Teile des Geländes für militärische und andere Zwecke (z. B. Sportveranstaltungen).

Flüchtlingslager

Auf der anderen Seite des früheren SA-Lagers ließ die internationale Flüchtlingsorganisation UNRA (»United Nations Relief and Rehabilitation Administration«) ein Lager für sogenannte »Displaced Persons« und Flüchtlinge anlegen, die vorwiegend aus dem Osten kamen. Dieses Lager wurde in den Nachkriegsjahren in Nürnberg bekannt als Valkalager.¹¹

Trabantenstadt Langwasser

Wichtigstes städtisches Ziel war der Aufbau der Trabantenstadt Langwasser auf dem früheren Märzfild und dem südlich davon gelegenen Lagergelände (Grundsteinlegung am 29. März 1957). Die Stadt mußte langwierige Verhandlungen mit Bund, Land, Flüchtlingsorganisationen und der US-Armee führen, um die vollständige Verfügung als Baugrund zu erhalten. Die überkommene Infrastruktur des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes prägte die städtebauliche Struktur der Neubebauung (Architekt: Franz Reichel) und ist zum Teil noch am heutigen Stadtgrundriß von Langwasser ablesbar.¹² Heute leben dort 35 000 Menschen. Die elf Märzfeldtürme ließ die Stadt 1966/67 sprengen, weil sie der Bebauung im Wege standen.

Landschaftsgestaltung

Hinsichtlich des Gesamtareals war die Stadt Nürnberg um eine Wiederherstellung der ursprünglichen Funktion als Naherholungsgelände um die Dutzendteiche bemüht, soweit dies möglich war. Auf dem Gebiet zwischen der mit Grundwasser vollgelaufenen Baugrube des Deutschen Stadions – dem heutigen Silbersee – und des Luitpoldhains ließ die Stadtverwaltung in den fünfziger Jahren den Volkspark Dutzendteich anlegen. Die Tribünen der Luitpoldarena wurden für die Parkgestaltung in den fünfziger Jahren gesprengt. An dem Kriegerdenkmal findet jedes Jahr am Volkstrauertag die offizielle Gedenkveranstaltung der Stadt für die Kriegsoffer und die in beiden Weltkriegen getöteten Soldaten statt.



*Sprengung der Pfeiler-
galerien der Zeppelin-
tribüne im Juni 1967
Quelle: Städtisches
Bild-, Film- und
Tonarchiv Nürnberg*

Ahistorischer Pragmatismus

Die NS-Bauten Zeppelintribüne und Kongreßhalle gingen nach 1945 als Liegenschaft in den Besitz der Stadt über. An eine Restaurierung war von Seiten der Stadt Nürnberg nicht gedacht. Die Zeppelintribüne diente für Freiluftveranstaltungen verschiedenster Art – z. B. Motorsportrennen, politische Kundgebungen, Gottesdienste, seit den siebziger Jahren auch für Rockkonzerte. 1967 ließ die Stadt die Säulengalerien der Tribüne wegen Baufälligkeit sprengen. Die Seitentürme wurden Anfang der siebziger Jahre aus dem gleichen Grund auf die halbe Höhe abgetragen.

In der Kongreßhalle und auf dem Freigelände bei der Großen Straße fand auf Anregung des »Kuratoriums für den Aufbau der Stadt Nürnberg« im September 1949 die Erste Deutsche Bauausstellung statt. Ein dreiviertel Jahr später, vom 14.–30. Juli 1950, feierte die Stadt Nürnberg ihr neunhundertstes Stadtjubiläum am gleichen Ort. 1953 konnten die Oberschlesier ihr Bundestreffen, 1955 die Sudetendeutschen Landsmannschaften den Sudetendeutschen Tag auf dem Zeppelfeld und ihre Jahreshauptversammlung wie auch im folgenden Jahr in der Kongreßhalle abhalten.

Als der Torso den gestiegenen Ansprüchen nicht mehr entsprach, entschied der Stadtrat 1969, ihn zukünftig als Lagerhaus zu verwenden und Räume an Firmen zu vermieten.

Dieser Umgang mit den NS-Bauten in der Nachkriegszeit ist von ahistorischem Pragmatismus gekennzeichnet. Berührungsängste gab es nicht, die folgenden Beispiele stehen stellvertretend für andere. So dachte der Stadtrat schon einmal an die Nutzung der früheren SS-Kaserne als Rathaus, was die US-Armee aber nicht zuließ (Dezember 1946). Den Auftrag für ein Gutachten zum Umbau der Kongreßhalle zu einem Fuß-

ballstadion vergab die Stadt auf Empfehlung des Deutschen Fußballbundes an Werner March, der sich beim Bau von Sportstätten internationales Renommee erworben hatte. Eine Diskussion um seine Person als von den Nationalsozialisten beauftragter Architekt des Berliner Olympiastadions fand dabei nicht statt (1962). Die Idee einer Firma, die Kongreßhalle zu einem Einkaufs- und Shoppingcenter in einer Größenordnung von 500 Millionen Mark umzubauen, begrüßte die städtische Verwaltungsspitze einschließlich des Oberbürgermeisters ausdrücklich. Der Kämmerer sprach von einer »endgültigen Nutzung«, die »im Sinne der Entmythologisierung Leben in das Bauwerk bringt« (1987). Ausgeblendet dabei wurde von dieser Seite die Baugeschichte und der damit verbundene Zusammenhang zur SS mit dem von ihr praktizierten System »Vernichtung durch Arbeit«. Gedacht war ferner an eine Umgestaltung des Torsos als multifunktionales Gewächshaus »Plantopolis«/»Ökopolis«, der Großen Straße zu einer »Friedensallee«, und der Zeppelinwiese zur Blumenarena im Rahmen einer Bundesgartenschau (1988). Alle diese Pläne blieben vorwiegend aus Kostengründen Papier.

Denkmalschutz

Eine unerwartete Zäsur bei diesem Umgehen mit ungeliebter Geschichte erfolgte 1973: Mit der Neufassung des bayerischen Denkmalschutzgesetzes wurde der »Kolossalstil des Dritten Reiches« als denkmalschutzwürdig eingestuft.¹³ Die Stadt Nürnberg ist seitdem in Absprache mit der Denkmalschutzbehörde verpflichtet, die NS-Bauten möglichst in ihrem Zustand zu erhalten, was erhebliche finanzielle Aufwendungen bedeutet.

Information

In den siebziger Jahren begann mit dem Wechsel der Kriegs- zur Nachkriegsgeneration das öffentliche Interesse an der NS-Zeit zuzunehmen. Ferner trieb die neonazistische Wehrsportgruppe Hoffmann in Nürnberg und Umgebung ihr Unwesen. Als Reaktion gründete sich ein antifaschistisches »Komitee gegen Neonazismus«, das auch Begehungen über das ehemalige Reichsparteitagsgelände anbot. Zusätzlich war die Stadt wegen des Erinnerungsjahres 1983 – 50 Jahre nach 1933 – gefordert. Die NS-Bauten am Dutzendteich, die auch eine internationale Touristenattraktion darstellen, rückten verstärkt in den Blickpunkt.

Die Stadtverwaltung reagierte 1977 mit der Herausgabe einer kleinen Informationsbroschüre über das frühere Reichsparteitagsgelände. Der damalige Schul- und Kulturreferent Hermann Glaser, der sich nicht zuletzt in zahlreichen Publikationen mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat, regte die Einrichtung einer Ausstellung auf dem Gelände an. Sie konnte nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten und nach einem zweiwöchigen Pilotprojekt im November 1984 im folgenden Jahr mit dem Titel »Faszination und Gewalt« unter Leitung des Pädagogischen Instituts der Stadt Nürnberg in bescheidener Aufmachung eröffnet werden. Präsentationsort ist der Mittelbau der Zeppelintribüne. Die Ausstellung ist dort während der Sommermonate zu sehen, im Winter wegen Unbeheizbarkeit der Räume aber geschlossen.¹⁴ (10. Mai bis Ende Oktober, Di–So, 10–18 Uhr, Infotelefon 09 11-231-56 66). Der derzeitige Jahresetat für die Ausstellung, der von der Stadt Nürnberg geleistet wird, beträgt 110 000,— DM. Bund und Land sahen sich dafür nicht zuständig.

Durchschnittlich wird die Präsentation von ca. 35 000, das ehemalige Reichsparteitagsgelände nach Schätzungen der städtischen Museen von mehr als 100 000 Menschen besucht. Ca. 400 Gruppen (Schulklassen, berufsspezifische Gruppen von Polizei, Bundeswehr, Gewerkschaften, Universitäten u. a.) fragten 1998 wegen Begehungen mit fachkundiger Betreuung an. Aufgrund der großen Nachfrage wird diese Arbeit hauptsächlich von privaten Organisationen wie dem Verein »Geschichte für Alle« getragen. Ein Wallfahrtsort für Neonazis aber waren die Überreste der NS-Bauten bisher nicht.

Ratlosigkeit

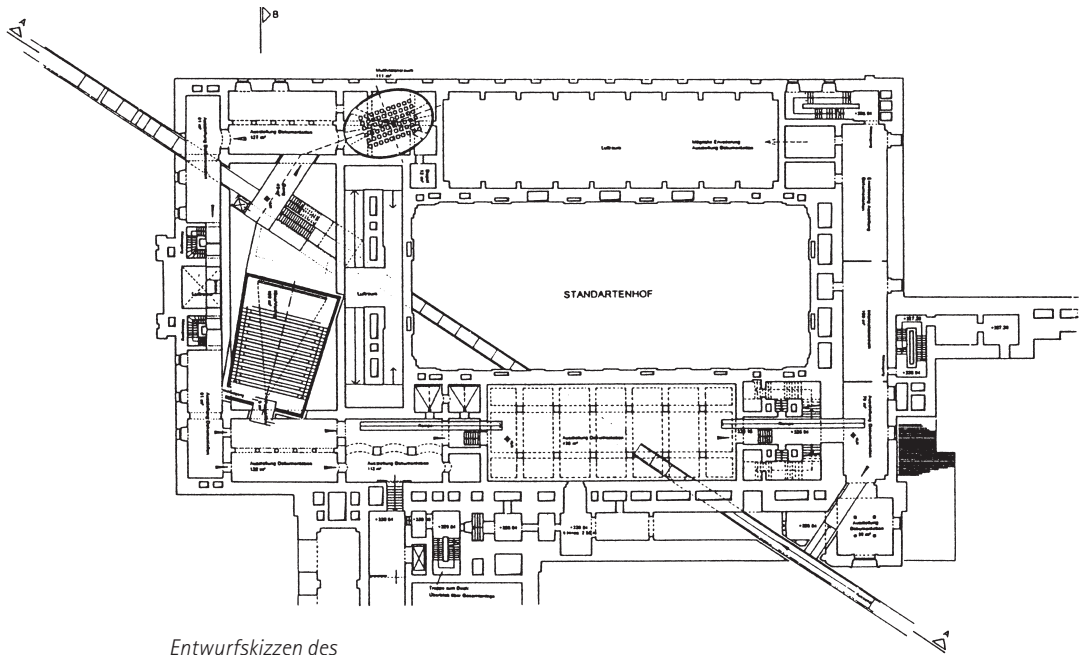
Als Reaktion auf den bereits erwähnten und in der Öffentlichkeit umstrittenen Vorschlag von 1987, in die Kongreßhalle ein Einkaufs- und Shoppingcenter zu bauen, initiierte das Kulturreferat im Juli 1988 ein Symposium mit dem Titel »Das Erbe. Vom Umgang mit NS-Architektur«. In der Abschlusdiskussion plädierte Hermann Glaser für den Erhalt der Bauten und ihre pragmatische Nutzung bei gleichzeitiger Intensivierung des Informationsangebotes. Die eingeladenen Teilnehmer empfahlen einen Umgang mit dem Erbe wie mit einem »didaktischen Material«. Fertige Konzepte gab es nicht, ein Abbruch wurde aber einhellig abgelehnt.¹⁵ Das Symposium verdeutlichte die Problematik und Kompliziertheit dieser Thematik, sowie die Unmöglichkeit, die NS-Bauten aufgrund ihrer Dimensionen und ursprünglich zugedachten Funktion in den Alltag zu integrieren. Es ist deshalb kein Zufall, daß bis heute ein Gesamtkonzept für die städtebauliche Nutzung des Geländes fehlt. Möglicherweise wird es das niemals geben.

Auch die Rathausparteien CSU und SPD äußerten sich 1988 zum erstenmal in ausführlicher Form über den weiteren Umgang mit dem früheren Reichsparteitagsgelände und befürworteten eine Erweiterung der Ausstellung »Faszination und Gewalt«.¹⁶ Denn die Defizite der Präsentation, z.B. eine fehlende Beschilderung und unzureichend fremdsprachiges Material, waren nicht mehr zu übersehen.

»Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände«

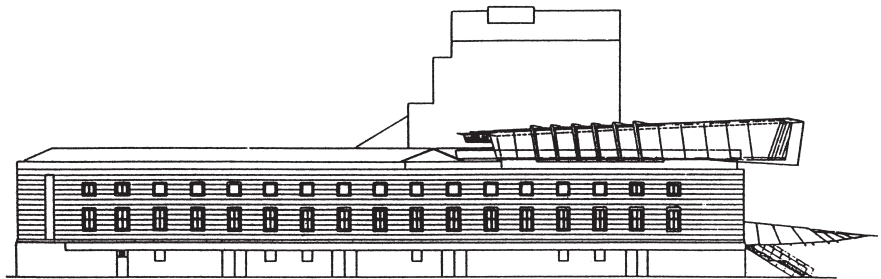
Verschiedene Initiativen, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Verbesserung des bestehenden Informationsangebotes zu erreichen versuchten, blieben erfolglos. Seit 1991 bemühte sich der Verein »Informationszentrum ehemaliges Reichsparteitagsgelände« um städtische Unterstützung für die Einrichtung einer ganzjährig geöffneten Infostelle im nördlichen Kopfbau der Kongreßhalle als Ergänzung zu der Ausstellung »Faszination und Gewalt«, fand damit aber keine politische Unterstützung. Zwei Jahre später beschloß die Stadtverwaltung eine Neuordnung der Museumsstruktur, die Ende 1994 zu einer Übernahme der Betreuung von »Faszination und Gewalt« durch die städtischen Museen führte.

Deren Leiter, Dr. Franz Sonnenberger, stellte im Herbst 1996 der Öffentlichkeit ein von den Museen entworfenes Projekt für ein neues »Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände« im nördlichen Kopfbau der Kongreßhalle vor. Er begründete die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung mit dem provisorischen Charakter von »Faszination und Gewalt« sowie mit dem steigenden Informationsbedürfnis in der Öffentlichkeit nach einer umfassenden Dokumentation der NS-Geschichte in Nürnberg. Unterstützend zur Seite stehen ein politisches Kuratorium, dem neben anderen der



Entwurfsskizzen des geplanten
»Dokumentations-
zentrums Reichspartei-
tagsgelände«
Grundriß des Ausstel-
lungsgeschosses im
Kopfbau. Vorn rechts
weist der »Pfahl« in den
Innenhof des Kongreß-
hallentorsos.

OBERGESCHOSS 1:500



ANSICHT NORD-OST

Ausstellungsbau
Ansicht Nord-Ost
Quelle: Museum der
Stadt Nürnberg

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, die Kultusministerin und der Innenminister des Landes Bayern, der Beauftragte für Medien und Kultur beim Bundeskanzler, der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg und die Bischöfe der beiden großen Kirchen angehören, sowie ein wissenschaftlicher Beirat mit bekannten Historikern und Museumsfachleuten wie Wolfgang Benz und Christoph Stölzl. Politiker aller demokratischen Parteien haben sich wohlwollend zu dem Vorhaben geäußert.

Vorgesehen ist, im ersten Obergeschoß des Kopfbau es bisher ungenutzte Räume mit einer Ausstellungsfläche von ca. 1 300 m² zu erschließen. Der Ort ist im Gegensatz zur Zeppelintribüne verkehrsgünstig und öffentlich präsent gelegen. Da die städtebauliche Nutzung des gesamten ehemaligen Reichsparteitagsgeländes nach wie vor ungeklärt ist, soll das geplante Dokumentationszentrum einem möglichen zukünftigen Gesamtkonzept für das Areal nicht vorgreifen. Die Kosten für die Realisierung des ersten Projektentwurfes wurden von den städtischen Museen mit 9,5 Millionen Mark angegeben. Als Bedingung dafür forderte die Stadt Nürnberg die Beteiligung des Bundes und des Landes Bayern ein, da es sich um eine gesamtdeutsche Aufgabe handele. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2000 vorgesehen, da Nürnberg in diesem Jahr sein neunhundertfünfzigstes Gründungsjubiläum begeht.¹⁷

Nach zwei Jahren war die Summe von 9,5 Millionen für die Finanzierung gesichert, wovon der Bund und das Land Bayern je 4 Millionen DM beisteuern. Die Restsumme wird von der Region (Bezirkstag Mittelfranken und private Spender) und von der Stadt Nürnberg aufgebracht, die als zukünftiger Träger des Dokumentationszentrums auch die Unterhaltskosten tragen wird. Mittlerweile ist ein begrenzt ausgeschriebener Architektenwettbewerb im November 1998 abgeschlossen worden, der mit der Entscheidung für das Konzept des Architekten Günther Domenig aus Graz endete. Es sieht vor, mit einem diagonalen, begehbaren »Pfahl« aus Glas und Stahl einen dekonstruktivistischen Schnitt durch den nördlichen Kopfbau der Kongreßhalle anzulegen. Seine Absicht ist es, damit die Monumentalität und die strenge Geometrie des NS-Baus zu brechen. Die Störung wird noch dadurch verstärkt, daß der »Pfahl« von der Eingangszone im Erdgeschoß bis an die Ausstellungsräume im Obergeschoß schräg ansteigt. Die Umsetzung des Entwurfes wird Mehrkosten verursachen, über deren Höhe bis zum Sommer 1999 eine Detailkostenschätzung Auskunft geben wird.

Die inhaltliche Grundlage für die geplante Dauerausstellung wurde in Form eines vom wissenschaftlichen Beirat im Juli 1997 verabschiedeten Gutachtens von Professor Gregor Schöllgen von der Universität Erlangen gelegt. Darin empfiehlt er, einen weiten chronologischen Bogen von den zwanziger Jahren bis in die Gegenwart zu schlagen. Die historische Darstellung wird die einhundertjährige Geschichte des Areals am Dutzendteich umfassen. Der Schwerpunkt wird auf der Geschichte der NS-Reichsparteitage und des -geländes liegen: ihrer Funktion als zentraler Bestandteil der Propaganda des »Dritten Reiches«, deren Wirkung auf die Region, das In- und Ausland und in das Alltagsleben der Bevölkerung hinein. Von diesen Ereignissen werden aber auch sogenannte »Fenster mit Blick auf die Geschichte des Dritten Reiches« (Ch. Stölzl) geöffnet werden, z.B. betreffend der Verkündung der sogenannten »Nürnberger Gesetze« auf deren verbrecherische Konsequenzen bis zum Holocaust. Thematisiert werden ebenso die Nürnberger Prozesse und der Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände seit Kriegsende bis heute.

Ergänzend soll ein Lern- und Studienforum Schulklassen und Gruppen die Voraussetzungen für entsprechende pädagogische und didaktische Begleitarbeit und die Möglichkeit zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik bieten. Als Anschauungsobjekte sind dafür die baulichen Überreste der Herrschaftsarchitektur und die Topographie des Areals besonders geeignet.

Geplant ist ferner ein lokaler bzw. regionaler Informationsverbund mit dem Jüdischen Museum Franken in Fürth, mit den Justizbehörden in der Fürther Straße, wo sich der Schauplatz der Nürnberger Prozesse, der Schwurgerichtssaal 600 befindet, und mit den KZ-Gedenkstätten in Flossenbürg und Dachau.

Die sich jetzt einstellende bemerkenswerte Dynamik in Sachen steinerne NS-Erblast in Nürnberg und deren Annahme bedarf nach dem hier skizzierten fünfzigjährigen Umgang, der lange Zeit von ahistorischem Pragmatismus und von Ratlosigkeit geprägt war, einer vorläufigen Erklärung. M. E. sind dafür vier Ebenen ausschlaggebend, die sich im zeitgeschichtlich-politischen Kontext zum Teil zufällig verbunden haben:

1. Der seit den achtziger Jahren sich vollziehende Umbruch der Erinnerungs- und Gedenklandschaft in der Bundesrepublik. Die Zeit des »kommunikativen Erinnerns«, d. h. der Möglichkeit, mit der Teilnehmergegeneration der NS-Zeit zu reden, geht zu Ende. Jan und Aleida Assmann haben dies als »Wechsel vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis« bezeichnet. »Erinnern« an die NS-Zeit wird ganz und gar künstlich, und von den Eliten aus Staat, Gesellschaft und Politik besetzt. Ein Ausdruck für diesen Adaptionsprozeß war betreffend Nürnberg die Entschließung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages vom April 1996, in der der zukünftige Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände als eine Aufgabe bezeichnet wurde, die heute zu nationaler Reaktion herausfordert.¹⁸
2. Die Vereinigung Deutschlands mit dem Fortfall des innerdeutschen Systemkonfliktes. Sie hat, wie Peter Reichel es in seinem Standardwerk »Politik mit der Erinnerung« von 1995 beschrieben hat, die Perspektiven auf die deutsche Geschichte im allgemeinen und auf die NS-Zeit im besonderen verschoben, die politisch-historischen Erbschaftsverhältnisse verändert und damit einem höchst konflikträchtigen Politikfeld die bisherige Grundlage entzogen.¹⁹
3. Die Neustrukturierung der städtischen Museumslandschaft in Nürnberg führte Ende 1994 zur Übertragung der Betreuung der Ausstellung »Faszination und Gewalt« von dem kleinen Pädagogischen Institut zur größeren Dienststelle der Museen der Stadt Nürnberg. Deren Leiter Franz Sonnenberger hat aufgrund der mit der Ausstellung »Faszination und Gewalt« gesammelten Erfahrungen und der Arbeit von Informationsträgern wie des Vereins »Geschichte für Alle« zu dieser Thematik die Initiative für das Projekt ergriffen und ein durchdachtes Konzept entwickelt. Er traf damit auf ein offeneres politisches Umfeld aufgrund der Punkte eins und zwei.
4. Der Zusammenfall der Jahrtausendwende 2000 mit dem neunhundertfünfzigsten Stadtjubiläum, der von den städtischen Museen als Zielvorgabe vorgeschlagen wird, um das Projekt »Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände« bis zum Jahresende zu realisieren. Dies wird offensichtlich von allen Seiten akzeptiert.

*Eckart Dietzfelbinger
betreut als Wissen-
schaftlicher Angestell-
ter der Museen der
Stadt Nürnberg seit
1986 die Ausstellung
»Faszination und
Gewalt« und ist im
Projekt des »Dokumen-
tationszentrum
Reichsparteitagsgelände« eingebunden.*

- 1 Eckart Dietzfelbinger, Der Umgang der Stadt Nürnberg mit dem früheren Reichsparteitagsgelände. Beiträge zur politischen Bildung, Nr.9/1990, hg. vom Pädagogischen Institut der Stadt Nürnberg. Ders.: Reichsparteitagsgelände Nürnberg. Restaurieren – Nutzen – Vermitteln. In: Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 48, S. 64 ff., Bonn 1994.
- Thomas Wunder, Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Entstehung – Kennzeichnung – Wirkung. Eine Einführung zur Begehung des ehemaligen NS-Parteigeländes. Schriften des Kunstpädagogischen Zentrums im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg, 1984.
- Geschichte für Alle e.V. (Hg.), Geländebegehung. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, 1994.
- 2 Vermerk des ZRN vom 22.6.1938, in: R 2-11901, Bundesarchiv Berlin.
- 3 Dazu: Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feiertag. Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 46, Nürnberg 1991.
- 4 Nürnberger Nachrichten, 8.7.1993.
- 5 Brief von Oberbürgermeister Liebel/ZRN an Staatssekretär Reinhardt vom Finanzministerium vom 30.9.1939, in: R 2-11901, Bundesarchiv Berlin.
- 6 1940 wurden insgesamt 19 075 m³ Naturstein, darunter 3 408 m³ für das Deutsche Stadion angeliefert. Die Lieferungen für die Säulen des Stadions erreichten 7 000 m³ Granit, zusätzlich noch Aufträge von 5 000 m³ für grob behauenen Stein bei schwedischen und norwegischen Firmen: Paul. B. Jascot, Heinrich Himmler and the Nuremberg Party Rally Grounds: The Interest of the SS in the German Building Economy, Chicago, 1998, S.12. P. Jascot hat diese Forschungsergebnisse für seine Dissertation »The architectural policy of the SS, 1936–1945« (1995) insbesondere im Bundesarchiv und im Stadtarchiv Nürnberg recherchiert. Mittlerweile ist sein Buch »Oppressive Architecture: The Interest of the SS in the Monumental Building Economy« bei Routledge Press, 1999, erschienen. M. E. handelt es sich hinsichtlich der SS-Forschung um eine bahnbrechende Studie. Paul Jascot lehrt an der Universität Chicago, Department of Art and Art History.
- Zu den beteiligten Steinbruchunternehmen, die nach Nürnberg lieferten: Stadtarchiv Nürnberg, C 32/238; 277; 279.
- 7 NS 3/1538, Bundesarchiv Berlin.
- 8 Jascot, a.a.O., S. 14 ff.
- 9 Pädagogisches Institut der Stadt Nürnberg (Hg.), Beiträge zur politischen Bildung, Nr. 3/1993: Erika Sanden, Das Kriegsgefangenenlager Nürnberg-Langwasser 1939–1945. Ergebnisse einer Spurensuche, Nürnberg, 1993.
- 10 Ausstellungskataloge des Stadtarchivs, Kuno Ulshöfer (Hg.), Nr.2: Hermann Froschauer, Renate Geyer, Quellen des Hasses. Aus dem Archiv des »Stürmer« 1933–1945, S. 72 ff., Nürnberg 1988. Von 1631 deportierten Nürnberger Juden überlebten 72.
- 11 Jessica Büsch, Integration der Bewohner des Lagers Valka, Flüchtlingssiedlung in Nürnberg nach 1945, maschinenschriftlich, Nürnberg, 1989; Keine Heimat mehr: vom Valka-Lager zum Bundes Sammellager. In: Geschichte für Alle e.V. (Hg.), Bernd Windsheimer, Martina Fleischmann, Nürnberg-Langwasser. Geschichte eines Stadtteils, Nürnberg, 1995, S.83 ff.
- 12 Geschichte für Alle e.V. (Hg.), Bernd Windsheimer, Martina Fleischmann, Nürnberg-Langwasser. Geschichte eines Stadtteils, Nürnberg, 1995.
- 13 Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler vom 25.6.1973. Siehe auch Ausführungsbestimmungen, Art.4.
- 14 Zur Konzeption der Ausstellung: Bernd Ogan, Faszination und Gewalt – Ein Überblick. In: Bernd Ogan, Wolfgang W. Weiß (Hg.), Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus, Nürnberg 1992, S. 11 ff.
- 15 Zum Symposium »Das Erbek: Werk und Zeit 3/1988, hg. vom Deutschen Werkbund; NN/NZ, 11.7.1988; SZ, 22.7.1988.
- 16 CSU-Pressedienst, 1.12.1988; SPD-Arbeitsgruppe, Denkschrift über die zukünftige Nutzung der Bauten des ehemaligen NSDAP-Reichsparteitagsgeländes, Dezember 1988.
- 17 Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg. Denkschrift zur Auseinandersetzung mit dem steinernen Erbe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, November 1996, Museen der Stadt Nürnberg. Dieselben: Projekt eines Dokumentationszentrums zur NS-Geschichte, Nürnberg 1999. Darin ist das im Text erwähnte Gutachten von Prof. Schöllgen enthalten.
- 18 Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis. Frankfurt/M., 1988.
- Aleida Assmann/Dietrich Harth (Hg.), Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung, Frankfurt/M., 1991.
- Entscheidung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages vom 18./19.4.1996.
- 19 Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995, S.34.

Die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken

von Irmela Roschmann-Steltenkamp

Der Grundstein für die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken wurde im Rahmen des Gedenkstättenseminars in Mittelbau-Dora, im Oktober 1998, gelegt. Interesse seitens der Gedenkstätten für diesen neuen Arbeitskreis war vorhanden, arbeiten doch die meisten BibliothekarInnen – sofern es in den Institutionen überhaupt eine Stelle für diesen Arbeitsbereich gibt – als Ein-Personen-Bibliothekarin und haben ein starkes Bedürfnis nach sowohl fachlichem als auch persönlichem Austausch. Aus diesem Bedürfnis heraus wurde beschlossen, sich im Frühjahr 1999 in Berlin bei der Stiftung Topographie des Terrors, die (zusammen mit dem Haus der Wannsee-Konferenz) die Organisation und einen Teil der Kosten übernahm, erneut zu treffen.

Am 25./26. März kamen 18 BibliothekarInnen/MitarbeiterInnen aus 14 Gedenkstätten zusammen, um sich zwei Tage ausschließlich über bibliothekarische Fragen auszutauschen und gemeinsame Projekte, von denen die beteiligten Gedenkstätten/-bibliotheken profitieren, auf den Weg zu bringen.

Der TeilnehmerInnenkreis war gemischt und spiegelte die Rolle und Wertigkeit der Bibliotheken in den jeweiligen Gedenkstätten wider: Vertreten waren festangestellte BibliothekarInnen, die Bibliotheken von bis zu 25 000 Bänden verwalten, über einen eigenen Etat verfügen und mit ihrer Bibliothek fest in der pädagogischen Arbeit der Institution verankert sind. (Die im Aufbau befindliche Bibliothek der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, besitzt sogar 80 000 Bände, von denen 36 000 bereits katalogisiert sind). Daneben waren aber auch GedenkstättenmitarbeiterInnen anwesend, die neben ihrer sonstigen Arbeit in der Gedenkstätte einige hundert Bücher betreuen, keinen festen Buchetat besitzen und von einer Bibliothek im eigentlichen Sinne nicht sprechen. Ihr Interesse an dieser Arbeitsgemeinschaft besteht darin, eine Bibliothek in ihrer Institution aufzubauen und sie zu einem festen Bestandteil der Gedenkstätten zu machen – um so das Angebot der Institution erheblich zu erweitern.

Einen Eindruck vom Stellenwert der Bibliotheken in ihren Gedenkstätten gibt die Resonanz auf die Einladung zu diesem Treffen: Einige Gedenkstätten sagten für die Zusammenkunft ab, da sie zwar Bücher besitzen, aber kein Personal, das ausschließlich in der Bibliothek arbeitet und an der Arbeitsgemeinschaft teilnehmen könnte.

Wir hoffen, daß die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken dazu beitragen kann, den Bibliotheken zu ihrem angemessenen Stellenwert zu verhelfen und deutlich zu machen, daß Bibliotheken unerläßlich für die Arbeit der Gedenkstätten sind und das Angebot ihrer Institution erheblich verbessern.

Das Treffen war sehr intensiv, arbeitsreich und diskussionsgefüllt. Deutlich war das Interesse der TeilnehmerInnen an dieser Arbeitsgemeinschaft, auch die Pausen wurden dazu genutzt, einige (größere und kleinere) Schwierigkeiten und Fragen aus der eigenen Praxis zu besprechen.

Der erste Tag begann mit einer sehr ausführlichen Vorstellungsrunde, um möglichst viel über die jeweilige Gedenkstätte und ihre Bibliothek sowie über die Erwartungen an die Arbeitsgemeinschaft zu erfahren. Das unterschiedliche Bibliotheksspektrum wurde deutlich und aufgrund der Wünsche und Bedürfnisse an die Arbeitsgemeinschaft konkretisierten sich mögliche Formen der Zusammenarbeit.

Donnerstagnachmittag stand ein konkretes Projekt im Mittelpunkt, das sowohl die Arbeit in den jeweiligen Gedenkstättenbibliotheken erleichtern kann, aber auch ihre Präsentation nach außen erheblich verbessert. Anne Sieberns aus der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin, stellte ihre Vorarbeiten für eine gemeinsame Datenbank der Kataloge der Gedenkstättenbibliotheken im Internet vor. Die Gedenkstättenbibliotheken können ihre Katalogisate an Frau Sieberns schicken, die diese dann in eine Allegro-Datenbank überführen und in das Internet stellen wird. Diese Allegro-Datenbank wird nach zahlreichen verschiedenen Kriterien abfragbar sein (Verfasser, Titel, Stichwort, Reihe...), und die NutzerInnen können bei den Titelanzeigen sofort sehen, in welcher Gedenkstätte das von ihnen gesuchte Buch vorhanden ist. Anschrift und weitere Informationen zu den Gedenkstätten werden das Angebot ergänzen. Auch die GedenkstättenbibliothekarInnen selbst können diese Datenbank sehr gut nutzen, um sich z.B. bei teuren Anschaffungen zu informieren, welche andere Gedenkstätte diesen Titel bereits besitzt und ob eine Anschaffung im eigenen Haus sinnvoll und notwendig ist. Alle anwesenden TeilnehmerInnen unterstützen dieses Projekt und werden – nach Rücksprache in ihren Institutionen – die Daten an Frau Sieberns schicken, so daß in absehbarer Zeit die Datenbank realisiert werden kann und im Internet zur Verfügung stehen wird.

Am zweiten Tag berichteten Ulrich Tempel, Stiftung Topographie des Terrors Berlin, und Jutta Lindenthal, Fritz Bauer Institut Frankfurt/Main, über ihre Arbeit bei der Vereinheitlichung der Verschlagwortung in ihren Institutionen. Einen Thesaurus zum Themenbereich NS gibt es bisher (aufgrund des großen Arbeitsaufwandes für seine Erstellung) noch nicht, er würde jedoch die Arbeit in den Bibliotheken sowohl für die NutzerInnen als auch die BibliothekarInnen erheblich erleichtern und verbessern. Frau Lindenthal und Herr Tempel arbeiten kontinuierlich in Fragen der Verschlagwortung zusammen und sind sehr interessiert an Informationen (insbesondere Schlagwortlisten) über Projekte in den Gedenkstätten. Gegenwärtig ist in den Gedenkstättenbibliotheken die systematische Aufstellung des Bestandes weit verbreitet. Für die pädagogische Arbeit in den Gedenkstätten bietet diese Erschließungsart große Vorteile: Die BesucherInnen können direkt an den Regalen zu den sie interessierenden Themen recherchieren und stöbern und für eine erste, grobe Recherche auf den »Umweg« über den Katalog verzichten. Frau Müller-Oelrichs vom Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin, stellte die fein gegliederte Systematik ihrer Bibliothek vor, erläuterte deren Erarbeitung und betonte Vorteile und Praktikabilität einer Systematik. Systematik und Verschlagwortung schließen sich jedoch keineswegs aus, vielmehr stellt die sachliche Erschließung einen ergänzenden, differenzierteren Zugang zu den Beständen über den Katalog und somit einen besseren Service für die NutzerInnen dar.

Das Programm der Tagung endete mit einem Vortrag von Irmela Roschmann-Steltenkamp über Sponsoring und Fundraising: Die meisten Gedenkstätten und ihre Bibliotheken haben mit geringen Etats zu kämpfen und können eine Zusatzfinanzierung über Drittmittel sehr gut gebrauchen. Sponsoring und Fundraising wird in

Zukunft einen immer wichtigeren Stellenwert einnehmen und für die Aufrechterhaltung einer pädagogisch guten und intensiven Arbeit unerlässlich sein.

Abschließend wurde über das weitere Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken diskutiert. Festzuhalten sind folgende Ergebnisse:

- Die Arbeitsgemeinschaft bleibt als feste Arbeitsgruppe bestehen. Sie wird sich zweimal im Jahr treffen: Im Frühjahr jeweils für zwei Tage im Rahmen eines eigenen Treffens wie am 25./26. März, im Herbst jeweils in Anbindung an das regelmäßig stattfindende Gedenkstättenseminar, auf dem ihr eigene Arbeitsgruppentermine zur Verfügung gestellt werden.
- Die Organisation der Arbeitsgemeinschaft wird bei der Stiftung Topographie des Terrors, bei Irmela Roschmann-Steltenkamp angesiedelt. Hierdurch ist eine Anbindung an das Gedenkstättenreferat der Stiftung gewährleistet und somit eine finanzielle Unterstützung der Treffen durch die Stiftung Topographie des Terrors.
- Das Projekt der Internet-Datenbank wird im Haus der Wannsee-Konferenz von Anne Sieberns betreut.
- Jutta Lindenthal und Ulrich Tempel sind Ansprechpartner in Fragen der Verschlagwortung, sie arbeiten auf Grundstrukturen für einen Thesaurus zum Themenbereich NS hin.

Das nächste Treffen der Arbeitsgemeinschaft findet vom 18. bis 21. November 1999 auf dem Gedenkstättenseminar in Dachau statt. Am 19. und 20. November stehen jeweils zwei Stunden Arbeitsgruppentermine zur Verfügung, behandelt werden die Arbeiten bezüglich des Thesaurus sowie rechtliche Aspekte der Arbeit in Gedenkstättenbibliotheken. Alle interessierten BibliothekarInnen/MitarbeiterInnen aus den Gedenkstätten, die sich bisher an der Arbeitsgemeinschaft noch nicht beteiligt haben, sind natürlich herzlich eingeladen und willkommen.

*Irmela Roschmann-
Steltenkamp ist
Wissenschaftliche
Bibliothekarin der
Stiftung Topographie
des Terrors.*

*Für eventuelle Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
Irmela Roschmann-Steltenkamp
Topographie des Terrors
Tel. 030-25450923
e-mail topografie@stiftung.b.shuttle.de.*

EINLADUNG UND PROGRAMM

Bundeszentrale für politische Bildung, Jugendgästehaus Dachau,
KZ-Gedenkstätte Dachau, Bayerische Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit, Stiftung Topographie des Terrors

Didaktische Zugänge zu historischen Orten – Das Beispiel KZ-Gedenkstätte Dachau

Bundesweites Gedenkstättenseminar
18.–21. November in Dachau

Seminarbeginn	Donnerstag, 18. November 1999, 14.30 Uhr
Seminarende	Sonntag, 21. November 1999, 12.30 Uhr
Tagungsort	Jugendgästehaus Dachau, Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau Tel. 081 31-322 95-0, Fax 081 31-322 95-60
Tagungsleitung	<i>Barbara Distel</i> , KZ-Gedenkstätte Dachau <i>Thomas Lutz</i> , Stiftung Topographie des Terrors, Berlin <i>Ulrike Puvogel</i> , Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn <i>Dr. Michael Rupp</i> , Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit <i>Dr. Bernhard Schoßig</i> , Jugendgästehaus Dachau

Programm

Donnerstag, 18. November 1999

bis 14.30 Uhr	Anreise, Jugendgästehaus Dachau
14.45 Uhr	Abfahrt mit dem Bus vom Jugendgästehaus zur Gedenkstätte
15 Uhr	Exkursion: Führung durch die KZ-Gedenkstätte Dachau (in vier Gruppen) unter dem Schwerpunkt der Neugestaltung <i>Barbara Distel</i> , Dachau; <i>Dr. Gabriele Hammermann</i> , Dachau; <i>Dr. Ludwig Eiber</i> , Augsburg; <i>Dr. Zdenek Zofka</i> , München
17.30 Uhr	Rückfahrt zum Jugendgästehaus
18 Uhr	Abendessen
19 Uhr	Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt Dachau <i>Kurt Piller</i> und durch <i>Thomas Lutz</i> für die Veranstalter
anschließend	Vorstellungsrunde
20 Uhr	Vortrag Die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau – Vor dem Hintergrund des Umgangs mit der NS-Vergangenheit im Deutschland der 90er Jahre <i>Prof. Dr. Wolfgang Benz</i> , Berlin

Freitag, 19. November 1999

- 9 Uhr Begrüßung und Einleitung
Der Prozeß der Neukonzeption der KZ-Gedenkstätte Dachau
Dr. Michael Rupp
- 9.30 Uhr Die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau
1. Überlegungen zu den neuen Dauerausstellungen, den zusätzlichen Ausstellungen in den historischen Gebäuden und dem Gesamtkonzept der Gedenkstätte
Dr. Ludwig Eiber, Augsburg
2. Die Verknüpfung von neuer Konzeption und pädagogischer Arbeit in der Gedenkstätte
Dr. Robert Sigel, München
Leitung: *Thomas Lutz*
- 10.15 Uhr Kaffeepause
- 10.30 Uhr Arbeitsgruppen – Phase I
1. Die neue Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Dachau
Dr. Ludwig Eiber, Augsburg
2. Die zusätzlichen Ausstellungen in den historischen Gebäuden
Dr. Christoph Henzler, Augsburg
3. Historische Orte im Spannungsfeld von Denkmalschutz und didaktischer Nutzung
Prof. Johann Ebe, München
4. Künstlerische Gestaltungselemente in Gedenkstätten-Ausstellungen
Gunnar Richter, Kassel
5. Die Einbeziehung der Außenlager in die Ausstellung und Arbeit der KZ-Gedenkstätten
Barbara Distel und Dr. Gabriele Hammermann, Dachau
- 13 Uhr Mittagessen
- 15 Uhr Vorträge
Historisches Lernen von Jugendlichen heute – dargestellt an Beispielen und Erfahrungen des Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten
Dr. Lothar Dittmer, Hamburg und Preisträger des Wettbewerbs
Leitung: *Dr. Bernhard Schoßig*
- 16.45 Uhr Kaffeepause
- 17 Uhr Arbeitsgruppen – Phase II
1. Forschungen über Besucherinteressen in Gedenkstätten
Sigrid Müller, Berlin und Werner Fröhlich, München
2. Historisches Lernen mit Medien
Robert Hültner, München
3. Historisches Lernen als Ziel – oder als Mittel für aktuelle Auseinandersetzungen
Kerstin Engelhardt und Matthias Haß, beide Berlin
4. »Ich bin stolz ein Deutscher zu sein« – Geschichtsbezogene Bildungsarbeit mit Arbeiterjugendlichen
Horst Czock und Armin Steil, beide Berlin
5. Bibliotheken in Gedenkstätten: Vorarbeiten zu einem Thesaurus des Nationalsozialismus
Jutta Lindenthal, Frankfurt
- 18.30 Uhr Abendessen
- 19.30 Uhr Rundgang und Gespräch: Die Architektur des Jugendgästehauses Dachau
Prof. Dr. Rudolf Hierl, Architekt, München

Samstag, 20. November 1999

- 9 Uhr Vortrag
Trauerarbeit als Lernprozeß
Prof. Dr. Jörn Rüsen, Essen
Leitung: *Ulrike Puvogel*
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr Arbeitsgruppen – Phase III
1. Das Zusammenwirken der Ästhetik des »authentischen Ortes« und der Interpretation durch Ausstellungen
Dr. Stefanie Endlich, Berlin
 2. Die Bedeutung von Fotografien für die Darstellung der Geschichte am historischen Ort
Dr. Manfred Treml, Augsburg
 3. Anknüpfung an das Besucherinteresse und Vorbereitung auf den Gedenkstättenbesuch
Kerstin Engelhardt, Berlin
 4. Besucheransturm und internationales Publikum als Herausforderung für die inhaltliche Arbeit und Gestaltung der Gedenkstätten
Daniel Gaede, Weimar
 5. Bibliotheken in Gedenkstätten: Rechtliche Aspekte der Arbeit
Irmela Roschmann-Steltenkamp, Berlin
- 13 Uhr Mittagessen
- 15 Uhr Vorträge: Konzeptionelle Überlegungen zur Wirkung von Ausstellungsgestaltungen in Gedenkstätten auf die Besucher
1. Konzeption und Erfahrungen mit der Ausstellung zu jüdischen Häftlingen in der Baracke 38 in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen
Dr. Günter Morsch, Oranienburg
 2. Ausstellung zur Geschichte des KZ Buchenwald – Konzeption und Erfahrungen mit Besuchern
Dr. Harry Stein, Weimar
- Leitung: *Thomas Lutz*
- 16.30 Uhr Kaffeepause
- 17 Uhr »Markt der Möglichkeiten«: Möglichkeit zur Präsentation von Gedenkstätten und Initiativen, neuen Entwicklungen, interessanten Projekten etc. in der Halle des Jugendgästehauses
- 19 Uhr Bankett

Sonntag, 21. November 1999

- 8.30 Uhr Ausgabe von Lunch-Paketen
- 9 Uhr Exkursion (mit Bus): Die KZ-Gedenkstätte und ihr Umfeld – Stadt Dachau, SS-Gelände, SS- Schießplatz Hebertshausen, Kreuzweg und Friedhof Leitenberg, SS-Kräutergärten
Hans-Günter Richardi, Dachau
- 12.30 Uhr Ende der Veranstaltung am S-Bahnhof Dachau

Anmeldeformular

An das Jugendgästehaus Dachau
Dr. Bernhard Schoßig
Roßwachtstr. 15
85221 Dachau
Fax 081 31-322 95-60

Verbindliche Anmeldung zum bundesweiten Gedenkstättenseminar:

»Didaktische Zugänge zu historischen Orten –

Das Beispiel der KZ-Gedenkstätte Dachau« · 18.–21. November 1999 in Dachau

Hiermit melde ich mich verbindlich zum o.g. Seminar an:

Name _____

Institution _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon, Fax _____

Der Teilnahmebeitrag ist 80,— DM. (Bezahlung nach Erhalt der Anmeldebestätigung)

- ☐ Ich bitte, sofern möglich, um Unterbringung im Einzelzimmer (zzgl. 80,— DM).
☐ Ich beantrage die Ermäßigung auf 50,— DM.

Grund _____

- ☐ Ich möchte vegetarisches Essen.
☐ Ich benötige am Donnerstag um 14.45 Uhr den Bustransfer zur Gedenkstätte.
☐ Ich werde an der Stadtrundfahrt am Sonntag von 9–12.30 Uhr teilnehmen.
☐ Ich möchte die Arbeit der Gedenkstätte/Initiative am Samstag auf dem »Markt der Möglichkeiten« vorstellen und benötige folgende Hilfsmittel (z. B. Stellwand, Tisch):

Hilfsmittel _____

Ich nehme in der Phase I (Freitag, 10.30–13 Uhr) an folgender AG teil: Nr. _____

Ich nehme in der Phase II (Freitag, 17–18.30 Uhr) an folgender AG teil: Nr. _____

Ich nehme in der Phase III (Samstag, 10.45–13 Uhr) an folgender AG teil: Nr. _____

(Zutreffendes bitte oben in den Kästchen ankreuzen oder eintragen.)

Datum: _____ Unterschrift: _____

Überlegungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Selbstorganisation der Gedenkstätten für NS-Opfer

Ein Zwischenbericht
von Thomas Lutz

Vor über zwei Jahren haben sich die Leiterinnen und Leiter der Gedenkstätten Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen und das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors in der *Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten* (im folgenden zitiert als AG) zusammengefunden. Daraufhin hat es Rückfragen und Aktivitäten von anderen Gedenkstätten bzgl. der Zusammenarbeit und des öffentlichen Auftretens der in Deutschland bestehenden Gedenkstätten gegeben. Unter anderem von Werner Boldt und Habbo Knoch erfolgte eine Reaktion, die im GedenkstättenRundbrief Nr. 84 vom August 1998 unter dem Titel: *Inhaltliche und organisatorische Anmerkungen zu dem von der »Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland« vorgelegten Papier über »Selbstverständnis, Leitlinien und Organisationsprofile«* abgedruckt ist. Später haben Werner Boldt, Habbo Knoch, Ursula Gerecht, Dietfried Krause-Vilmar und Elke Zacharias (im folgenden zitiert als *Boldt et al.*, auch wenn Werner Boldt oder andere nicht an allen Gesprächen und Briefwechseln, die in den letzten Wochen diesbezüglich erfolgt sind, beteiligt waren) einen Text verfaßt: *»Keine demokratische Erinnerungskultur ohne lokale und regionale Einrichtungen. Stellungnahme zu den Handlungsempfehlungen bezüglich einer Gedenkstättenkonzeption des Bundes im Abschlußbericht der Enquête-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«*; abgedruckt im GedenkstättenRundbrief Nr. 87 vom Februar 1999. Durch diese Stellungnahmen und Aktivitäten wurde die seit vielen Jahren geführte Diskussion um die Verbesserung der Kooperation zwischen den Gedenkstätten/-Initiativen und bezüglich eines organisatorischen Zusammenschlusses erneut belebt.

Im folgenden soll ein Abriß der Situation der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland gegeben, die sich daraus für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zu berücksichtigenden Fragestellungen entwickelt und die konkreten Vereinbarungen und Schritte für eine gründliche Diskussion und Entscheidung in dieser Hinsicht vorgestellt werden.

Entwicklung der Gedenkstättenarbeit

In den letzten Jahren hat es einen erfreulichen Schritt zur weiteren Stabilisierung und Verstetigung der Arbeit von Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes, wenn auch in der Regel nur auf unterstem Ausstattungsniveau, gegeben. Dies war die Voraussetzung dafür, daß sich die Gedenkstätten überhaupt untereinander verständigen und ihre Tätigkeiten koordinieren konnten. Auf Grundlage der sich aus der Arbeit konkret entwickelnden Bedürfnisse hat es verschiedene Zusammenschlüsse gegeben, die nur

zum Teil rechtlich verfaßt sind. Neben dem seit Herbst 1983 bisher 32 mal durchgeführten *bundesweiten Gedenkstättenseminar* haben sich regionale, zumeist in den Grenzen von Bundesländern agierende Zusammenschlüsse gegründet, die besonders als Lobby für die Vergabe von Landesmitteln an regionale Gedenkstätten große Bedeutung haben. In Nordrhein-Westfalen gibt es sicherlich neben Baden-Württemberg und Niedersachsen die kontinuierlichste und intensivste Zusammenarbeit. Aber auch in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Gedenkstättenförderung in anderer Form auch in Sachsen und Rheinland-Pfalz existieren mehr oder weniger intensive Formen des Austausches und der Absprachen. Darüber hinaus gibt es länderübergreifende Koordinierungen, sei es z.B. in der *Arbeitsgemeinschaft der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten für NS-Opfer*, die unter Vorsitz der Stiftung Topographie des Terrors tagt, bei den Außenlagertagungen, die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme regelmäßig durchgeführt wurden oder dank der auf Einladungen der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfindenden Treffen von Gedenkstätten und Initiativen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Neben den regionalen Koordinierungen gibt es Zusammenschlüsse von Gedenkstätten und Initiativen, die aus historischen Gründen zu demselben Verfolgungskomplex arbeiten. Als am längsten bestehendes Austauschgremium ist die *Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Geschichte der »Euthanasie« und der Zwangssterilisation* zu nennen. Aber auch die Gedenkstätten zu Kriegsgefangenenlagern haben mehrere fachspezifische Tagungen durchgeführt. Anfang des Jahres wurde bei einem ersten Treffen der Institutionen, die zur Geschichte der Arbeitserziehungslager arbeiten, betont, daß eine kontinuierliche und weitergehende Zusammenarbeit angestrebt werden solle.

Die Verstetigung der Arbeit hat zu einer Zunahme der Professionalisierung geführt, die wiederum einen dritten Bereich von Koordinierungstreffen bedingt: Treffen wegen besonderer professioneller Fragestellungen.

Die Archivarinnen und Archivare der Gedenkstätten treffen sich bereits seit vielen Jahren regelmäßig. Anfang des Jahres hat sich ein weiterer *Arbeitskreis der Gedenkstättenbibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter*, gegründet. Er wird mit Unterstützung der Stiftung Topographie des Terrors in Zukunft zweimal p. a. tagen; einmal am Rande eines *bundesweiten Gedenkstättenseminars*, einmal separat.

Auch die AG hat sich aus professionellen Gründen zusammengefunden: Die Geschichte der selbständigen KZ, die Trägerschaft durch den Bund und/oder das Land, der Umgang mit großen Geländen und zahlreichen Gebäuden, der Besucherstrom der mit einer Ausnahme im sechsstelligen Bereich liegt und die Ausstattung, die zumindest eine gewisse Aufteilung der Arbeitsbereiche erlaubt, ergeben vielfältige Übereinstimmungen in der täglichen Arbeit der Institutionen aus der die Notwendigkeit des Austausches und der Absprachen erwächst.

Mit diesem Überblick erhebe ich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Auf der Grundlage des oben Dargestellten kann man es als große Errungenschaft der Gedenkstättenarbeit in Deutschland – gerade auch im internationalen Vergleich – festhalten, daß es einen ungemein intensiven und auf vielen Ebenen stattfindenden Dialog zwischen den Gedenkstätten gibt, aus dem konkrete Formen der Zusammenarbeit erwachsen sind, die nicht nur zu einmaligen Treffen führte, sondern häufig bereits über einen längeren Zeitraum stattfinden.

Die in der AG zusammengeschlossenen Gedenkstätten haben diese verschiedenen Formen des Austausches häufig initiiert und nehmen an ihnen teil. Der Vorwurf von *Boldt et al.*, die AG hätte sich aus dem Kreis der Gedenkstätten stillschweigend abgekoppelt, trifft nicht zu. Er weist jedoch auf ein bestehendes Problem hin:

Die mittlerweile bestehende Differenzierung und Vielfalt macht es nur sehr schwer möglich, den Überblick zu behalten. Die inzwischen entwickelte Professionalisierung der Gedenkstätten erschwert diesen Überblick, da er nur noch von Personen wahrgenommen werden kann, die sich ebenfalls intensiv mit den Fragestellungen befassen. Zudem ist die Koordinierung dieser verschiedenen Ebenen (regional, historisch, professionell) ebenfalls wesentlich anspruchsvoller geworden. Gerade wegen des erreichten professionellen Niveaus ist es mit höherem Aufwand verbunden, den inhaltlichen Austausch so zu organisieren, daß er tatsächlich weiterführend ist.

Auf den verschiedenen Ebenen sind jeweils unterschiedliche Personen gut informiert. Es ist sinnvoll, dieses Wissen weiterzugeben und die auf verschiedenen Ebenen stattfindenden Aktivitäten zu koordinieren. Als ersten ganz konkreten Schritt möchte ich vorschlagen: Ich bitte alle regionalen, historischen und professionellen Arbeitskreise Berichte über Ihre Arbeitsvorhaben und Absprachen zu verfassen, die ich gerne im GedenkstättenRundbrief veröffentlichen werde.

Deutsche Einheit und Änderung der öffentlichen Wahrnehmung

Mit der deutschen Einheit hat sich die Arbeit der Gedenkstätten in Deutschland grundlegend gewandelt. Zwei Konzepte von Gedenkstättenarbeit, die sich zuvor nur sehr zögerlich auf der Ebene internationaler Beziehungen wahrgenommen haben, waren plötzlich Ausdifferenzierungen nur noch einer nationalen Gedächtniskultur. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, daß sich die Gedächtniskultur der DDR verändern mußte. War im großen und ganzen die »Gegendenkmal«-Bewegung des Westens Vorbild für diese Veränderungen, so haben doch die unterschiedlichen Voraussetzungen und die Notwendigkeiten der Veränderung zugleich auch viele wichtige neue Möglichkeiten und Erkenntnisse mit sich gebracht. Dieser Prozeß der Umorientierung wurde noch dadurch erschwert, daß mit dem Ende des real existierenden Sozialismus die Diskussionen um die Verbrechen des Stalinismus und der SED-Diktatur wesentlich stärker in den Vordergrund getreten und über alle politischen Meinungen hinweg erforscht und diskutiert worden sind. Besonders schwierig wurde dieser Diskussionsprozeß an Orten, an denen sich sowohl Staatsverbrechen während des »Dritten Reiches« als auch unter der sowjetischen Besatzungsmacht und/oder während der DDR ereignet haben. Gerade an den über diese verschiedenen Verfolgungsperioden geführten Diskussionen wird die immer noch geteilte Erinnerungskultur in Deutschland sichtbar. Pauschal gesprochen: Während in den neuen Bundesländern die Diskussion über die – wie ich finde mit dem falschen Begriff bezeichnete – »doppelte« Vergangenheit intensiv geführt wurde und zu vielen neuen Erkenntnissen geführt hat, sind die Gedenkstätten in den alten Bundesländern froh, nur eine »einfache« Vergangenheit bearbeiten zu müssen – womit sie bei weitem ausgelastet sind. Letztere haben die Diskussionen um die Vergleichbarkeit von verschiedenen Verfolgungssystemen in Deutschland lediglich am Rande wahrgenommen.

Es besteht eine politisch vorgegebene Schieflage in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Nationalsozialismus und Stalinismus. Hier seien einige Indizien dafür aufgeführt: Wieso gab es bereits zwei Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigt haben, während eine solche zur NS-Diktatur bis heute nicht einberufen wurde? Gerade von den ausländischen Verbänden der Überlebenden der NS-Verfolgung ist es als sehr schmachvoll empfunden worden, daß über *ihre* Verfolgungsgeschichte von einer zur Aufarbeitung von NKWD- und SED-Unrecht eingesetzten Bundestagskommission beraten wurde. Im Abschlußbericht der letzten Enquête-Kommission wird die Gedenkstätte Buchenwald in demselben Kapitel als von gesamtstaatlicher Bedeutung eingestuft wie das deutsch-deutsche Museum in Mödlareuth. Auch diese Gleichsetzung entbehrt jeder historischen und sachlichen Grundlage.

Es ist immer wieder betont worden, man wolle bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht dieselben Fehler wie beim Verdrängen und Verschweigen des NS-Unrechts begehen. Es bleibt aber ein gewisses Mißtrauen gegenüber der Ehrlichkeit dieser Bekundungen bestehen, da es so gut wie keine Bemühungen gab, die auch über fünfzig Jahre nach Ende des NS-Regimes immer noch vorhandenen Probleme und Defizite in der Aufarbeitung in ähnlich struktureller Art und Weise wie die Beschäftigung mit den Staatsverbrechen der Sowjetunion und der DDR in Deutschland anzugehen. Dies sollen nur einige wenige Beispiele sein, die die Problematik des politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit der Politik der Erinnerung bis heute aufscheinen lassen.

Aber gerade aus diesen in den letzten zehn Jahren intensiv geführten Diskussionen ergibt sich bei den konkreten Überlegungen für eine neue Organisationsstruktur der Gedenkstätten eine zentrale Frage: Ist es heute noch sinnvoll, eine Organisation lediglich für die Gedenkstätten/-Initiativen für die Opfer des NS-Regimes zu gründen oder ist es nicht aus historisch-inhaltlichen, politischen, pädagogischen, moralischen und persönlichen Gründen geboten, eine Struktur anzustreben, die es allen an Staatsverbrechen erinnernden Gedenkstätten ermöglicht, daran teilzunehmen?

Exkurs: Zu Namen und Anspruch der AG

Die AG, die nach wie vor nur ein Personenzusammenschluß ohne juristischen Rahmen ist, müßte einen außerordentlich langen Namen tragen, um den Grund des Zusammenschlusses deutlich zu machen, etwa: »Arbeitsgemeinschaft der ehemals eigenständigen KZ, die sich heute als Gedenkstätten in Landes- und Bundesträgerschaft befinden«. Die zunächst genutzte Verkürzung »Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland« hat zu dem falschen Eindruck geführt, die AG wäre ein Zusammenschluß aller KZ-Gedenkstätten. Da dies nie beabsichtigt wurde, war die Nutzung dieses Titels für die AG ein Fehler. Auf dem Briefpapier wurden zwar immer die jeweiligen durch die Personen repräsentierten Gedenkstätten genannt. Leider wurde dies bei der Verbreitung in den Medien dann nicht immer so weitergegeben. In Zukunft sollen, um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, wenn überhaupt eine Position im öffentlichen Raum vertreten wird – siehe dazu auch unten die konkreten Absprachen –, auf jeden Fall immer die sieben Einrichtungen im Titel genannt sein.

Das erste, lediglich im GedenkstättenRundbrief Nr. 80 vom Dezember 1997 veröffentlichte Papier: *KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland – Selbstverständnis, Leitlinien, Organisationsprofil* war als Diskussionspapier über das zukünftige Selbstverständnis der Gedenkstätten gedacht. Es sollte keineswegs der Maßstab für zukünftige Gedenkstättenarbeit sein. Zudem war es so originär auch wieder nicht. Bereits auf dem Gedenkstättenseminar im Mai 1996, an dem über sechzig Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten teilgenommen hatten, war diese Diskussion geführt und zu Papier gebracht worden. Dabei hat vor allem die Überlegung eine große Rolle gespielt, daß man in der Öffentlichkeit und auch gegenüber den Geldgebern deutlich machen müsse, daß Gedenkstätten mehr sind als gut gepflegte Friedhöfe mit einem Minimum an historischer Information – was sich dann auch in der Unterstützung niederschlagen müsse. Das Papier der AG sollte zu dieser Selbstverständnisdiskussion Anstöße bieten. Diese Diskussion müßte weiter intensiviert und mit der Hoffnung möglichst breiter Zustimmung zu einem Ergebnis gebracht werden.

Aus vielfältigen Gründen ist die Bedeutung der Gedenkstätten und damit deren Wahrnehmung von Politik und Verwaltung sowie der Öffentlichkeit seit der deutschen Einheit gestiegen. Dies hat auch dazu geführt, daß Vertreter von Gedenkstätten in verschiedenen Kommissionen und Gremien immer wieder als Experten geladen waren: seien es die bereits erwähnten Enquête-Kommissionen, Kulturausschüsse und viele mehr. Zunächst waren dies persönliche Einladungen aufgrund der jeweiligen Positionen, so vor allem für Dr. Volkhard Knigge (Vorstand der Stiftung Thüringische Gedenkstätten und Direktor der Gedenkstätte Buchenwald), Dr. Günter Morsch (Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen) und Prof. Dr. Reinhard Rürup (Wissenschaftlicher Direktor der Stiftung Topographie des Terrors).

Die AG, die sich zunächst als Arbeitsgremium der Leiter gegründet hat, hat im letzten Jahr ebenfalls mit sachlich begründeten Stellungnahmen auf die politischen Weichenstellungen für die zukünftige Gedenkstättenarbeit mitzuwirken versucht. Dies vor allem, da man von außen zu Stellungnahmen gebeten wurde und es keine andere Form der Organisation gab, die ähnlich schnell und mit ähnlich guter öffentlicher Präsenz hätte reagieren können. Wenn auch die Stellungnahmen der oben genannten Personen und der AG nicht mit anderen Gedenkstätten abgestimmt waren, so muß man als Ergebnis der Arbeit doch festhalten, daß sie sich inhaltlich immer für die Erhaltung der dezentralen Gedenkstättenlandschaft in Deutschland eingesetzt und viel für diese erreicht hat, wie in den entsprechenden Protokollen nachzulesen ist. Das Insistieren auf dieses Netzwerk von über 60 bereits bestehenden Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes hat sehr dazu beigetragen, daß im Abschlußbericht der letzten Enquête-Kommission überhaupt die Öffnungsklauseln für die Unterstützung von Gedenkstätten in den alten Bundesländern, auch wenn sie bisher nur lokal oder landesweit unterstützt wurden, enthalten ist. Auch glaube ich, daß das Drängen der AG dazu beigetragen hat, im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung die Möglichkeiten dieser Förderung überhaupt zu verankern.

In der Diskussion um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und die Ergänzung durch ein »Haus der Erinnerung« haben die in der AG zusammengeschlossenen Gedenkstätten sich ebenfalls zu Wort gemeldet – siehe hier im Gedenkstätten-

Rundbrief S. 34–36. Man kann sicherlich über die Notwendigkeit und die Gestaltung des Mahnmals trefflich streiten, aber gerade gegenüber den Plänen zu einem »Haus der Erinnerung«, das einem Holocaust-Museum gleichkäme, hat die AG eine eindeutig Position bezogen, die sich für die dezentrale Erinnerungskultur ausspricht und diese aus vorrangig inhaltlichen Gründen insgesamt bedroht sieht, wenn der Museumsbau entstehen sollte.

Die Äußerungen von *Boldt et al.* haben dagegen zu einer Spaltung der Gedenkstätten in der Außenwirkung geführt. Auch wenn sie es subjektiv nicht gewollt haben, so werden ihre Aktivitäten von verschiedenen Politikern und von Staatsminister Naumann in den letzten Wochen genutzt, um gegen die von der AG dargelegten Positionen zu argumentieren.

Aus diesem aktuellen Handeln ergeben sich Fragestellungen für eine neue Struktur der Gedenkstätten: Wie kann man gewährleisten, daß tatsächlich eine Person oder ein Gremium in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und dabei die vertretenen inhaltlichen Positionen mit den Gedenkstätten soweit abgestimmt sind, daß sich alle Vertreten fühlen – vorausgesetzt, diese allgemeine Übereinstimmung besteht überhaupt.

Die Finanzierung der Gedenkstätten

Die Finanzierung ist so unterschiedlich, daß fast jede einzelne Gedenkstätte eigens dargestellt werden müßte. Vereinfachend kann man sagen, daß die Unterstützung der Gedenkstätten, die zumeist von Kommunen, Landkreisen, Bundesländern getragen und mit geringen privaten Mittel gefördert werden, gerade dazu ausreicht, die vielfältigen Aufgaben am unteren Limit erfüllen zu können. Eine neue Situation ist 1993 eingetreten, als der Bund sich erstmals in den neuen Bundesländern und in Berlin an der Finanzierung von Gedenkstätten beteiligt hat, in der Regel zu 50 Prozent. Diese Förderung läuft noch bis zum Jahr 2003. Darüber hinaus hat die neue Bundesregierung angekündigt, im Zusammenhang mit der Entscheidung zum Mahnmal/Museum in Berlin im Juni 1999 ein umfassendes Gedenkstättenkonzept vorzulegen.

Aufgrund der schwierigen Haushaltslage in den Kommunen, Landkreisen und Ländern erhoffen sich zahlreiche Gedenkstätten durch eine Bundesförderung eine verbesserte Finanzausstattung. Der Eindruck, der gerade in den Schreiben von *Boldt et al.* deutlich wird, die »großen« Gedenkstätten wollten sich an die gefüllten Töpfe setzen und die anderen daran nicht teilhaben lassen, entbehrt jedoch bisher jeglicher Grundlage.

Zum einen sind die Haushaltstitel so verschieden, daß sie zumindest bei der im Augenblick bestehenden Struktur keine Konkurrenzen um das Geld zwischen den Gedenkstätten auf tun können. Zum zweiten muß man sich erst einmal vergewissern, ob das in Aussicht gestellte Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung tatsächlich eine neue Bevorzugung der »großen« Gedenkstätten beinhalten wird. Und zum dritten bin ich der Überzeugung, daß, wenn man die bisherige Förderungspraxis des Bundes auf eine Förderung der lokalen Gedenkstätten überträgt, viel gravierendere Probleme auf anderer Ebene entstehen: Bisher hat sich der Bund nur dann an Gedenkstätten beteiligt, wenn die Bundesländer dafür Sorge getragen haben, daß 50 Prozent der Mittel von ihnen aufgebracht wurden. Das bedeutet für eine zukünftige Gedenk-

stättenförderung zum einen, daß die Gedenkstätten von den jeweiligen Bundesländern überhaupt in die Liste der zu fördernden Einrichtungen aufgenommen werden müssen und daß die Länder dann auch noch bereit sein müssen, 50 Prozent der Kosten für diese Projekte zu tragen. Da mir die Finanzrahmen und die konkreten Bedingungen in den zuständigen Ministerien der einzelnen Bundesländer vertraut sind, kann ich mir jetzt schon ausmalen, wer überhaupt eine Chance haben wird, Bundesmittel zu erhalten.

Zudem besteht die Gefahr, daß die finanzielle Unterstützung lediglich von den Ländern auf den Bund umverteilt wird und am Ende bei den Gedenkstätten keine bessere Unterstützung vorhanden sein wird.

Für eine zukünftige Organisationsform der Gedenkstätten wirft dies die Frage auf, ob es nicht in erster Linie wichtig ist, die Gedenkstätten landesweit zu organisieren, um eine Lobby und im besten Fall eine Clearingstelle der Gedenkstätten für die Mittelvergabe im Zusammenwirken mit den Landesregierungen zu erreichen.

Kurzfristige Überlegungen zur Fortsetzung der Diskussion

Verfahren bei zukünftigen Erklärungen

Im Zusammenhang mit einem Treffen von Vertretern der AG mit *Boldt et al.* am 30. April 1999 wurde vereinbart, im Falle einer notwendigen öffentlichen Meinungsäußerung von Seiten der AG Vertreterinnen und Vertreter von anderen Gedenkstätten einzubeziehen. Hiermit soll der Verdacht ausgeräumt werden, die AG wolle sich über die Köpfe der übrigen Einrichtungen hinwegsetzen. Diese Regelung soll solange gelten, bis eine bessere Lösung auf breiterer Diskussionsgrundlage gefunden worden ist.

Bei der Suche nach einer praktikablen Lösung wurden drei Personen angesprochen, die aufgrund ihrer Funktionen verschiedene Zusammenschlüsse von Gedenkstätten repräsentieren. Dies sind: Angela Genger (Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen), Christine Glauning (Museum »Schwierigkeiten des Erinnerns«, KZ Bisingen und Ölschieferabbau und eine der Sprecher/innen der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Baden-Württemberg) und Prof. Dr. Matthias Pfüller (Vorsitzender Politische Memoriale e.V.; dieser Verein ist für die Erarbeitung der Gedenkstättenkonzeption in Mecklenburg-Vorpommern zuständig.)

Weitere Diskussionen um inhaltliche Schwerpunkte und Organisationsformen

Durch die hier aufgezeigte Skizze der aktuellen Arbeitsbedingungen der Gedenkstätten und der sich daraus ergebenden Erwartungen und Notwendigkeiten für eine Verbesserung der inhaltlichen Zusammenarbeit wird deutlich, daß vor der Schaffung einer neuen, stärker juristisch verfaßten Organisationsstruktur der Gedenkstätten eine Diskussion um die Inhalte stehen muß, an der sich alle Interessierten beteiligen können. Daher möchte ich für die Überlegungen bezüglich einer veränderten Struktur der Zusammenarbeit folgendes Vorgehen vorschlagen:

1. Das Gedenkstättenseminar im Frühjahr 2000, das erste, das beim jetzigen Planungsstand noch inhaltlich disponibel ist, wird sich ausschließlich den Fragen über die inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätten und den sich daraus ergebenden sinnvollen Organisationsformen widmen. Der genaue Termin wird im nächsten GedenkstättenRundbrief mitgeteilt werden.
2. Es ist sinnvoll, die Frage der Organisationsform von der inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit abhängig zu machen, so daß folgende Fragestellungen aufgegriffen werden sollten:
 - Was bedeutet der Wandel von der lebendigen zur kulturellen Erinnerung für die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Gedenkstätten?
 - Inwieweit umfaßt der Begriff der Gedenkstätten auch Orte, die an andere Staatsverbrechen erinnern (z. B. des NKWD, der SED-Diktatur)?
 - Welche regional- oder landesspezifischen Formen der Gedenkstättenarbeit – bis hin zu Fragen der Finanzierung – gibt es und wie können sie in einer übergreifenden Organisationsform berücksichtigt werden?
3. Es ist sinnvoll, die unterschiedlichen Positionen bereits im Vorfeld darzustellen und so aufzubereiten, daß die Alternativen klar sind. Dazu biete ich gerne den GedenkstättenRundbrief als Forum an. Eventuell kann es auch sinnvoll sein, das Gedenkstättenseminar in einem kleineren Kreis inhaltlich vorzubereiten.

Ich möchte zum Abschluß nochmals betonen, daß ich seit fast zehn Jahren darauf hinweise, daß man bei der sich verändernden »Gedenkstättenlandschaft« über veränderte Formen der Koordination und Organisation nachdenken muß. Seit etwa sechs Jahren werbe ich für einen, auf einen Beitrag von Wulff E. Brebeck, dem Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, zurückgehenden Vorschlag, sich im International Council of Museums zusammenzuschließen und ein Komitee der Gedenkstätten zu gründen. *Boldt et al.* möchten dagegen einen als eingetragenen Verein und national auf Deutschland sowie inhaltlich auf die NS-Verbrechen begrenzten Gedenkstättenverband (den es bereits auch mit diesem Namen vorwiegend mit Mitgliedern aus den neuen Bundesländern gibt) gründen bzw. die Gedenkstätten an die Kultusministerkonferenz angliedern. Bei diesen und eventuell anderen Formen der Kooperation und Organisation gilt es die Vor- und Nachteile gründlich abzuwägen.

Während des bereits erwähnten Gedenkstättenseminars im Mai 1996, das gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung in Nordhessen durchgeführt wurde, waren die anwesenden Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei Abwägung aller Organisationsmodelle noch nicht bereit, sich mehrheitlich für eine bestimmte Struktur auszusprechen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die nun erneut entfachte Diskussion die Argumente schärfen und zu einer sinnvollen und praktikablen Lösung führen würde. Ich hoffe bei der dazu notwendigen Abwägung der Vor- und Nachteile der verschiedenen denkbaren Modelle auf eine rege Beteiligung.

Online-Diskussionsforum für Gedenkstätten

von Thomas Lutz

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, ein Diskussionsforum für Gedenkstätten, das auf einer E-Mail-Liste beruht, einzurichten. Ich möchte hier ein zweites Mal auf eine entsprechende Möglichkeit hinweisen. Nach der Abwägung der inhaltlichen Bedürfnisse und des dafür notwendigen Aufwandes möchte ich dazu nun folgenden Vorschlag machen, der bereits mit einer Anzahl von Gedenkstätten/-Initiativen abgestimmt ist:

Es erscheint mir im Moment noch wenig sinnvoll, eine eigene Diskussionsgruppe zu eröffnen. Zum einen muß der Aufwand, diese Gruppe einzurichten und zu pflegen, berücksichtigt werden, zum zweiten bin ich mir nicht sicher, ob der Bedarf und die Zahl der Teilnehmenden schon so groß ist, daß dort wirklich eine intensive Diskussion stattfinden wird. Daher möchte ich vorschlagen, daß sich alle Interessierten aus dem Bereich der Gedenkstättenarbeit zunächst in die E-Mail-Liste eintragen, die für deutschsprachige Museen auf dem Server des Deutschen Historischen Museums geführt wird. Die »demuseum«-Liste ist offen für alle Interessierten und umfaßt im Moment über 400 Teilnehmende (Institutionen und Privatpersonen). Ich denke, es spricht nichts dagegen, wenn die Diskussionsbeiträge und Fragen, die von Gedenkstätten dort gestellt werden, von Personen, die im Museumsbereich tätig sind, mitgelesen werden. Ich würde es sogar für vorteilhaft halten, da vielleicht aus diesem Bereich Hinweise und Ratschläge kommen können, die man in Gedenkstätten gut verwenden kann.

Informationen über die »demuseum«-Liste sind über Internet abzurufen:

<http://www.dhm.de/roehrig/demuseum/>

Interessenten, die sich in die Liste eintragen möchten, schicken bitte Ihre Mail an:

Maiser@dhm.de mit dem Eintrag: **subscribe demuseum exit**

Zum Vorschlag des Staatsministers für Kultur – Michael Naumann –, statt eines Holocaust-Denkmal in Berlin ein »Haus der Erinnerung« zu errichten

Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten (Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen, Geschäftsführung: Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstättenreferat)

Am 1. März 1999 haben die Mitglieder der AG KZ-Gedenkstätten eine öffentliche Erklärung an Staatsminister Naumann geschickt. Dies war ein paar Tage vor der ersten Anhörung im Kultur-ausschuß des Deutschen Bundestags zur Vorbereitung einer Entscheidung bzgl. eines Mahnmals für die Ermordeten Juden Europas und der Ende letzten Jahres von Herrn Naumann vorgeschlagenen Ergänzung um ein »Haus der Erinnerung«. Es ist zu erwarten, daß der Bundestag in seiner Sitzung am 25. Juni 1999 eine Entscheidung über die Umsetzung der verschiedenen Modelle treffen wird.

Am 21. und 22. Februar 1999 hat die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten, die sich in Landes- und Bundesträgerschaft befinden, in der Gedenkstätte Sachsenhausen getagt. Behandelt wurde auch der Vorschlag des Staatsministers für Kultur, Herrn Michael Naumann, in Berlin anstelle eines Holocaust-Denkmal ein »Haus der Erinnerung« (Eisenmann III) zu errichten. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft stellen dazu fest:

1. Der Bundestag steht vor einer Epochenentscheidung. Mit dem unaufhaltbaren Voranschreiten der Zeit und dem absehbaren Tod der Zeitzeugen wird aus Erfahrung und lebendiger Erinnerung Geschichte. Über die Frage »Holocaust-Denkmal« oder »Haus der Erinnerung« (Eisenmann III) hinaus geht es deshalb grundsätzlich darum, wie die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland dauerhaft im **kulturellen Gedächtnis** verankert werden soll: durch den Erhalt und die intensiviertere Förderung der aus dem Engagement von Überlebenden und Deutschen erwachsenen Gedenkstätten an den authentischen Orten oder die Schaffung einer Mischung aus Holocaust-Museum nach amerikanischem Vorbild und Monumentaldenkmal. Die *Enquête-Kommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit* hat 1998 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine **Gesamtgedenkstättenkonzeption** unter Einbeziehung des für Berlin geplanten Holocaust-Denkmal vorgelegt, die parteiübergreifend Zustimmung gefunden hat. Es ist unverständlich, daß die hier gegebenen Empfehlungen für die Gestaltung demokratischer Erinnerungskultur bisher keine Berücksichtigung gefunden haben. Noch unverständlicher ist, daß die Frage »Holocaust-Denkmal« oder »Haus der Erinnerung« im Gegensatz zur Haltung der Enquête-Kommission so angefaßt wird, als könne man sie getrennt von der Geschichte und zukünftigen Entwicklung der KZ-Gedenkstätten in Deutschland behandeln. Ausgehend von den authentischen Orten ist in Deutschland seit den fünfziger Jahren ein einzigartiges Netzwerk der Erinnerung entstanden. Dieses gilt es als Ganzes zu pflegen und weiterzuentwickeln. Integration, nicht das Rad neu erfinden wollen, sollte das Leitmotiv sein.

2. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft halten es für ein bedeutendes Zeichen, daß die neue Regierung erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Förderung der Gedenkstätten in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben hat. Sie teilen die Auffassung des Staatsministers für Kultur, Herrn Michael Naumann, daß Gedenken ohne Wissensvermittlung und Aufklärung von Leerlauf bedroht ist. Sie begrüßen auch

nachdrücklich, daß er nach einem Konzept gesucht hat, das unmißverständlich deutlich machen soll, daß kein Schlußstrich gezogen werden darf und die Erinnerung an die Shoa immer auch eine öffentliche Angelegenheit bleiben muß.

3. Gleichwohl haben die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft große inhaltliche und praktische Bedenken gegen den präsentierten Vorschlag:

- In der Kombination von verkleinertem Stelenfeld und Ausstellungs-, Dokumentations- und Bibliotheksgebäude entsteht ein »künstlicher authentischer Ort«. Das Stelenfeld tritt an die Stelle der authentischen Lagergelände, Massengräber und KZ-Friedhöfe, die es in Deutschland sehr zahlreich gibt. Im angegliederten »Haus der Erinnerung« soll Aufklärungsarbeit geleistet werden, die sich nicht grundsätzlich von der der Gedenkstätten unterscheidet und letztendlich zu einer Doppelung führt.
 - Die Errichtung eines künstlichen authentischen Ortes ist in den USA und Israel folgerichtig. In Deutschland, dem Land der authentischen Tat- und Leidensorte, ist sie widersinnig und entwertet – auch wenn dies nicht gewollt ist – faktisch die seit den fünfziger Jahren von Überlebenden und Deutschen an den authentischen Orten geleistete Arbeit.
 - Zur faktischen Entwertung trägt bei, daß der Eindruck erweckt worden ist, Deutschland sei inhaltlich und institutionell eine schiere »Wüste der Erinnerung«. Inhaltlich arbeiten die Gedenkstätten seit über vierzig Jahren an der Etablierung eines Tat- und Opfergedächtnisses, dessen Leitmotive sich notwendigerweise von denen in Israel oder den USA unterscheiden. Während die Ausstellung des US Holocaust Memorial Museums in Washington zurecht dem Leitmotiv folgt »Wie Deutsche *unsere* jüdischen Mitmenschen in Deutschland und weiten Teilen Europas entrechtet, ausgeplündert und schließlich massenhaft ermordet haben«, muß die deutsche Erinnerung einer anderen Struktur folgen: »Wie Deutsche die Demokratie bekämpften, eine rassistisch fundierte Diktatur errichteten, zahlreiche Menschen und Gruppen aus der »Volksgemeinschaft« ausgrenzten, umbrachten und schließlich begannen, die Juden Europas zu ermorden.«
- Weil sich das Gedenken an die Opfer in Deutschland nicht von der Erinnerung der Tat als einer »*der eigenen Leute*« trennen läßt, lassen sich israelische oder amerikanische Ausstellungskonzepte nicht einfach auf Deutschland übertragen. Abgesehen davon gibt es auch in und um Berlin bedeutende Gedächtnisorte und Einrichtungen der Erinnerungsarbeit wie die nur wenige hundert Meter vom vorgesehenen Standort des »Hauses der Erinnerung« gelegene Stiftung Topographie des Terrors, die Gedenk- und Bildungsstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, das Museum Karlshorst und die Gedenkstätte Sachsenhausen. Die hier geleistete Arbeit wird sich wesentlich mit der des »Hauses der Erinnerung« überschneiden. So werden Kräfte verschleudert anstatt sie zu bündeln.
- Wer Erfahrung mit der Einrichtung von Ausstellungen zur Geschichte der NS-Verbrechen hat, weiß, daß das »Haus der Erinnerung« in Gefahr ist, eine **Museumsruine** zu bleiben. Statt eine Million Bücher existieren nach seriöser Schätzung »nur«

40–60 000 Publikationen zur Geschichte der NS-Verfolgung und des Holocaust. Ausstellungsstücke lassen sich nicht einfach zusammenkaufen. Sie befinden sich in den bereits existierenden Gedenkstätten, Museen und Sammlungen. Auch Archive müßten dupliziert oder bereits bestehende Archive bzw. Archivbestände zusammengeführt werden. Erst damit würde im »Haus der Erinnerung« erarbeitbar, was bereits in den vorhandenen Einrichtungen erarbeitbar ist. Eine Ausstellung auf die Videos der Shoa-Foundation Steven Spielbergs zu beschränken, erscheint in pädagogischer Perspektive wenig glücklich. Betroffenheit für den Augenblick kann durchaus entstehen. Ob allein daraus langfristig wirksames Wissen und Verständnis wird, muß erfahrungsgemäß bezweifelt werden.

4. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland stimmen mit dem Staatsminister für Kultur überein, daß in Deutschland schnell ein **unmißverständliches Zeichen** gesetzt werden soll, daß die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und die ihnen zum Opfer gefallen Menschen fest verankerter Bestandteil des nationalen Gedächtnisses der Deutschen sein und bleiben muß. Sie geben aber zu bedenken, daß in der europäischen Tradition Denkmale diejenigen politisch-symbolischen Zeichen sind, mittels derer eine Gesellschaft zum Ausdruck bringt, was Teil des Nationalgedächtnisses sei. Sie plädieren deshalb einerseits für ein Mahnmal, das über die Funktion des Totengedenkens hinaus auffordert, die Tat in der Erinnerung zu behalten. (Was etwas anderes ist, als den Holocaust künstlerisch darstellen zu wollen.) Andererseits, den Gedanken Michael Naumanns bekräftigend, daß Symbole allein nicht genügen, empfehlen sie nachdrücklich, ein solches Mahnmal in die bestehende Berliner Erinnerungslandschaft einzubinden – anstatt es ihr überzuordnen.

Dabei bietet sich auf Grund der räumlichen Nachbarschaft eine enge Verbindung mit der Stiftung Topographie des Terrors und dem Jüdischen Museum an – bei gleichzeitigem Verweis auf die weiteren bestehenden Gedächtnisorte in und um Berlin. Ein solches Konzept trüge der deutschen Tradition und Situation der Erinnerungsarbeit entschieden Rechnung, wäre den Anstrengungen der Überlebenden zum Erhalt der authentischen Orte mitmenschlich verpflichtet, vermiede die kontraproduktive Doppelung bereits geleisteter Arbeit und beförderte nicht den Eindruck, Deutschland sei ein Entwicklungsland der Erinnerungskultur.

Im Gegenteil, ein solches, vom Bundestag beschlossenes Zeichen stärkt die bisher geleistete Arbeit, weil es unmißverständlich klar machen würde, daß die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und insbesondere an die Shoa keine Nestbeschmutzung ist – wie es solange hieß –, sondern essentieller Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik sein soll.

In der AG KZ-Gedenkstätten haben sich folgende Personen zusammengeschlossen:
Barbara Distel (KZ-Gedenkstätte Dachau), Dr. Detlef Garbe (KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Dr. Sigrid Jacobeit (Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück), Dr. Cornelia Klose (KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora), Dr. Volkhard Knigge (Gedenkstätte Buchenwald), Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors), Dr. Günter Morsch (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen), Wilfried Wiedemann (Gedenkstätte Bergen-Belsen)

Veranstaltungshinweise

Bundesweites Gedenkstättenseminar in Dachau, 18.–21. November 1999:

»Didaktische Zugänge zu historischen Orten – das Beispiel der KZ-Gedenkstätte Dachau«

Veranstalter: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Bundeszentrale für politische Bildung, Jugendgästehaus Dachau, KZ-Gedenkstätte Dachau, Stiftung Topographie des Terrors

Programm und weitere Hinweise siehe in der Einlage dieses Heftes!

Weitere Seminare, Tagungen

Bad Boll, 16.–18. Juli 1999

Zukunftskonferenz Gedenkstättenarbeit »Miteinander auf-brechen«

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg

Ort: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll,
Tel. 071 64-79-0, Fax 071 64-79-440

Kostenbeitrag: DM 100,– für Unterkunft/Verpflegung im Doppelzimmer einschl. Kursgebühr und Kurtaxe (Zuschlag für Einzelzimmer: DM 40,–)

Informationen und Anmeldung:

Evangelische Akademie Bad Boll,

Fr. Christine Scheurer, Tel. 071 64-79-225

Anmeldung bis 5. Juli 1999

Fürstenberg, 22.–25. September 1999

Das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW und die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück laden ein zu einer Fortbildungsveranstaltung für MultiplikatorInnen: »Täterinnen im KZ Ravensbrück«.

Geplante Einzelthemen: Forschungsstand, neue Arbeitsmaterialien für die Gedenkstättenpädagogik, aktuelle pädagogische Herausforderungen

Informationen: Tel. 02 01-22 79 82 oder 03 30 93-394 21 (Frau Schulz)

Anfrage nach Tagung für Mitarbeiter/-innen der Evangelischen Kirche in Gedenkstätten

Die Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau und die Evangelische Kirche in Deutschland wollen für Mitarbeiter, die ehren-, neben- oder hauptamtlich für die Evangelischen Kirchen in Gedenkstätten arbeiten, eine Konferenz veranstalten. Sie soll dem Erfahrungsaustausch dienen.

Interessierte Mitarbeiter und Initiativen melden sich bitte bei der Versöhnungskirche, Diakon K. Schultz, Alte Römerstraße 87, 85221 Dachau, Tel. 081 31-136 44, Fax 081 31-530 36.

Studienreise

»Jüdisches Leben in Budapest – Geschichte und Gegenwart.« Flugstudienreise

5.–10. Oktober 1999

Veranstalter: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster e.V.

Reiseleitung, Information und Anmeldung: Angelika Sturm, Jostestraße 5,
48231 Warendorf, Tel. 025 81-21 64

Ausstellungen

Oranienburg, 28. Mai bis 30. November 1999

Sonderausstellung Realisierungswettbewerb »Neubau Museum sowjetisches
Speziallager Nr. 7/Nr. 1 (1945–1950)«

Ort: Neues Museum der Gedenkstätte Sachsenhausen, Straße der Nationen 22,
16515 Oranienburg

Öffnungszeiten: 1. April bis 30. September: Di–So 8.30–18 Uhr;

1. Oktober bis 31. März: Di–So 8.30–16.30 Uhr

Information: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Tel. 033 01-80 37 15,
Fax 033 01-80 37 18

Kippenheim/Südbaden, 12. September bis 22. Oktober 1999

»Was blieb? – Spuren jüdischen Lebens in der Ortenau«

Veranstalter: Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

Ort: Gedenkstätte Ehemalige Synagoge Kippenheim (Südbaden),

Schmieheimer Str. 112, 77971 Kippenheim

Öffnungszeiten: Sa 13–17 Uhr, So 11–13 Uhr sowie nach Vereinbarung

Kontakt/Information: 078 25-14 83

*Einsendeschluß für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief Nr. 90,
8/1999 ist der 21. Juli 1999.*

Hinweise werden berücksichtigt sofern aus Platzgründen möglich.

Fragebogen zu Forschungsvorhaben

Regelmässige Leserinnen und Leser des GedenkstättenRundbriefs wissen, daß in einer eigenen Rubrik auch die Informationen über neuere Forschungsvorhaben, soweit diese das Gedenkstättenreferat erreichen, veröffentlicht werden.

Im folgenden ist einmal wieder das Formular für die Anmeldung solcher Veröffentlichungshinweise abgedruckt. Die Mitteilung nach diesem Schema erleichtert der Redaktion die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Informationen.

Neuere Forschungsvorhaben über NS-Geschichte und Gedenkstätten

Forthcoming Research about the Nazi-History and Memorial Museums

We hope that scholars and others involved in Holocaust research will fill out this form in order to assist us in creating a central listing of current and forthcoming projects.

Wir hoffen, daß WissenschaftlerInnen und andere an der Erforschung der NS-Geschichte Interessierte diesen Fragebogen ausfüllen werden, um uns bei dem Projekt der zentralen Erfassung von laufenden und geplanten Projekten behilflich zu sein.

All responses should go to the
Topography of Terror Foundation,
Memorial Museums Department,
Thomas Lutz,
Budapester Straße 40,
D-10787 Berlin,
Phone: ++49-30-254 509-15,
Fax: ++49-30-261 30 02,
e-mail: topographie@t-online.de

Alle Antworten sollen bei der
Stiftung Topographie des Terrors,
Gedenkstättenreferat,
Thomas Lutz,
Budapester Straße 40,
D-10787 Berlin,
Telefon: ++49-30-254 509-15,
Fax: ++49-30-261 30 02,
e-mail: topographie@t-online.de
gesammelt werden.

This list will be published regularly in:
Gedenkstätten-Rundbrief (bimonthly
newsletter published by the Memorial
Museums Department of the Topography
of Terror Foundation)

Die Liste wird regelmäßig publiziert in:
Gedenkstätten-Rundbrief
(herausgegeben zweimonatlich von der
Stiftung Topographie des Terrors)

Thomas Lutz
Memorial Museum Department
Topography of Terror Foundation

Thomas Lutz
Gedenkstättenreferent
Stiftung Topographie des Terrors

Fragebogen / Questionnaire

Neuere Forschungsvorhaben über
NS-Geschichte und Gedenkstätten
Forthcoming Research about
the Nazi-History and Memorial Museums

Name:

Straße / Street:

Postleitzahl, Ort / Zip Code, City:

Telefon-, Faxnummer / Phone, Faxnumber:

Arbeitstitel / Project title:

Institution (inhaltlicher Zusammenhang) / Affiliation:

Ergebnis (Buch, Artikel, Ausstellung mit Katalog, Dissertation, usw.)

Product (Book, Article, Exhibition with Catalogue, Dissertation, etc.):

Geplante Veröffentlichung (Datum, Ort) / Planned Publication (Date, Place):

Bitte zurücksenden an / Please return to:

Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstättenreferat

Budapester Straße 40

D-10787 Berlin

Fax 030-26130 02

Realisierungswettbewerb Neubau sowjetisches Speziallagermuseum Nr. 7/Nr. 1 (1945–1950), Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

von Horst Seferenz und Thomas Lutz

Die Gedenkstätte Sachsenhausen, seit 1993 Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, hat 1990 begonnen, sich mit dem zur DDR-Zeit verdrängten Thema »Speziallager« auseinanderzusetzen und es – als Teil der Geschichte des Ortes – in die Gedenkstättenarbeit einzubeziehen. 1945 bis 1950 nutzte die sowjetische Besatzungsmacht das Areal und die Gebäude eines Teils des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Sachsenhausen als »Speziallager« zur Unterbringung sogenannter »Internierter« und durch die sowjetischen Militärtribunale Verurteilten. Das »Speziallager Nr. 7« (ab 1948 »Speziallager Nr. 1«) war mit insgesamt etwa 60 000 Häftlingen das größte der elf NKWD-Lager in der Sowjetischen Besatzungszone. Der Lageralltag war von Isolation, Schreib- und Besuchsverbot (»Schweigelager«), Willkür, Untätigkeit, Hunger, Krankheit und Tod bestimmt. Mindestens 12 000 Gefangene überlebten das Lager nicht; viele wurden in die stalinistischen Arbeitslager der UdSSR deportiert. Noch bis 1989 durfte über das Thema der sowjetischen Speziallager in der DDR nicht öffentlich diskutiert werden. Eine provisorische Dokumentation über das Speziallager ist gegenwärtig im Lagermuseum zu sehen. Anlässlich des 50. Jahrestags der Auflösung der sowjetischen Speziallager in der DDR soll Ende des Jahres 2000 die Dauerausstellung »Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 (1945–1950)« eröffnet werden. Hierfür soll ein Neubau errichtet werden, und zwar auf dem Areal der ehemaligen »Zone II« des Speziallagers nördlich des engeren Lagerdreiecks. Während die »Zone I« innerhalb des Dreiecks für sogenannte Zivilinternierte bestimmt war, waren in der »Zone II« ab Anfang 1946 zunächst vor allem deutsche Wehrmachtsoffiziere vor ihrer Deportation in die Sowjetunion und ab Herbst 1946 Deutsche inhaftiert, die durch Sowjetische Militärtribunale verurteilt worden waren. Eine, optional zwei der dort



Alle Abbildungen:
Stiftung Branden-
burgische Gedenk-
stätten

noch vorhandenen historischen Steinbaracken sollen in die Dokumentation einbezogen werden. Westlich davon, in unmittelbarer Nähe, befindet sich einer der drei Friedhöfe des Speziallagers. Hier waren vermutlich etwa 7 500 Menschen in Massengräbern namenlos verscharrt worden. Die Wahl dieses Standortes für den Museumsneubau ergibt sich aus dem dezentralen Ausstellungskonzept der Gedenkstätte sowie aus dem Beschluß der Stiftungsgremien, keine originalen KZ-Gebäude im inneren Lagerbereich für die Speziallager-Dokumentation zu nutzen. Zugleich befindet sich der Standort (»Zone II«) in unmittelbarer Nähe zum inneren Lagerdreieck (»Zone I«), wodurch die für das Speziallager Sachsenhausen charakteristische Zweiteilung zum Ausdruck kommt, und liegt unmittelbar neben dem Kommandantenhof mit dem Gräberfeld.

Im Wettbewerb, der Ende April 1999 entschieden wurde, sollte eine entwurfliche Lösung für den geplanten Neubau gefunden werden, die den von der Stiftung und ihren Gremien entwickelten konzeptionellen Vorstellungen einer sachlichen und schlichten Museumsarchitektur ohne Memorial-Elemente entspricht. Darüber hinaus sollten Vorschläge zur Einbeziehung der Steinbaracke(n) und zum Umgang mit dem Außenbereich und den dort noch vorhandenen Relikten und Spuren entwickelt werden. Dies entspricht den Empfehlungen der Denkmalpflege, die vorhandenen Gebäude zu erhalten, nach Möglichkeit eine adäquate Nutzung für sie zu finden und darüber hinaus die noch existierenden Relikte in die Dokumentations- und Vermittlungsarbeit einzubeziehen. Der Wettbewerb war auf dem Hintergrund des schwierigen Umgangs mit der zweifachen Geschichte des Lagers zu sehen, wie sie in ähnlicher Weise auch in Buchenwald existiert. Auf das nationalsozialistische Konzentrationslager Sachsenhausen, von dessen insgesamt etwa 200 000 Häftlingen mehrere zehntausend, vielleicht sogar fast 100 000, nicht überlebten, teilweise auch Massensterben zum Opfer fielen, folgte das sowjetische Speziallager, dessen menschenunwürdige Haftbedingungen zu Hunger, Krankheit und zeitweise zum Massensterben führten. Die Entstehung des Speziallager-Systems ist im Kontext der alliierten Beschlüsse zur beabsichtigten Besatzungspolitik zu sehen; in der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Entnazifizierung jedoch zunehmend von der sowjetischen Machtpolitik überlagert. Unterschiedliche Einschätzungen bei der gemeinsamen Betrachtung der beiden historischen Etappen, ihrer jeweiligen Besonderheiten und vergleichbaren Charakteristika, ihrer strukturellen Bezüge und Kausalitäten sowie ihrer Bedeutung für das kollektive Gedächtnis der Gegenwart haben seit 1990 immer wieder zu Kontroversen geführt, deren Heftigkeit auch durch die jahrzehntelange Tabuisierung der Nachkriegsentwicklung des Lagers in der DDR bedingt ist. In diesem Kontext kommt dem geplanten Neubau mit der Dokumentations-Ausstellung zum »Speziallager Nr. 7/Nr. 1« eine besondere Bedeutung zu, die über die konkrete Bauaufgabe hinausweist. Ähnlich wie bei dem 1997 eingeweihten Dokumentenhaus für das »Speziallager Nr. 2« in Buchenwald wird die Thematisierung des Verhältnisses von »Speziallager«-Dokumentation und historischem Lagergelände, von Erinnerung und Zeitgeschichte in seiner architektonischen Ausformung exemplarischen Charakter gewinnen.

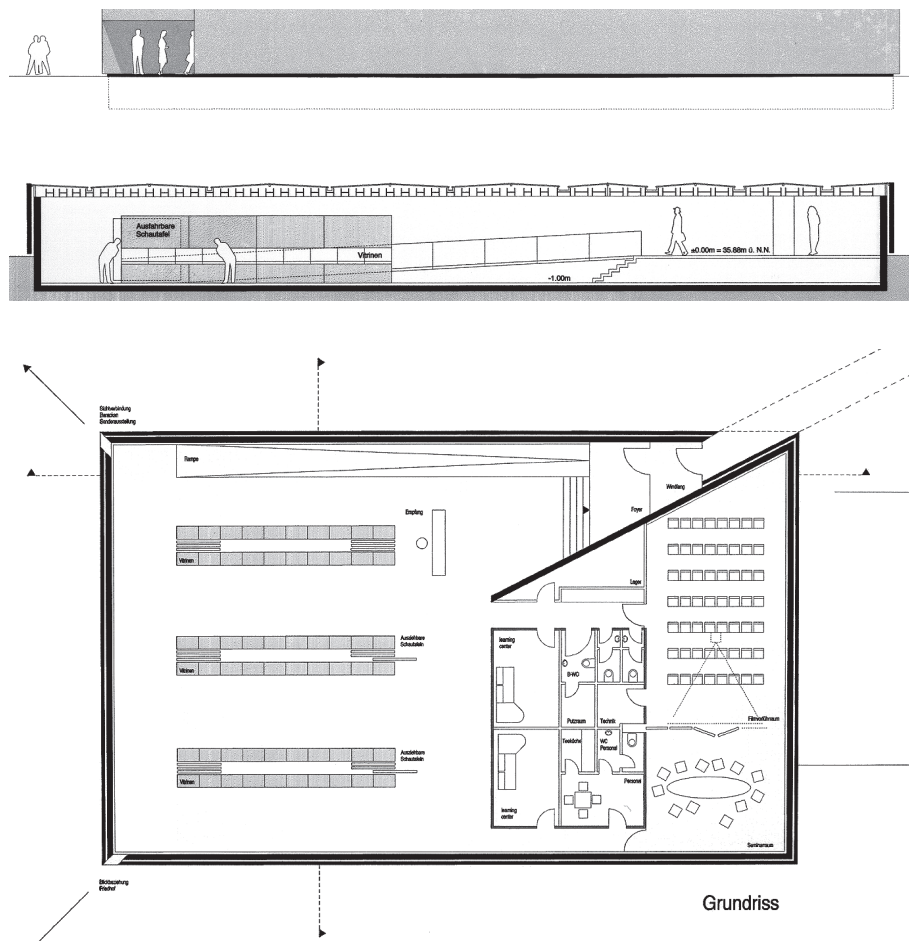
Im April 1999 wurde von einem Preisgericht unter dem Vorsitz von Professor Max Bächer der im folgenden abgebildete Entwurf der Architekten Schneider und Schuhmacher aus Frankfurt/M. mit dem ersten Preis ausgezeichnet und seine Realisierung empfohlen. Der Entwurf fand die besondere Zustimmung der Juroren, da er von der

Lage her das Gelände der KZ-Gedenkstätte gut wahrnehmbar, wenn auch am Rande liegend, mit den Gräberfeldern des Speziallagers verbindet. Von aussen wirkt das Gebäude zurückhaltend und setzt sich in der Erscheinung vom Umfeld ab. Die Raumqualität mit dem engen, aber zugleich neugierig machenden Zugang, mit den wenigen sehr gezielten Ausblicksmöglichkeiten, die vor allem die Baracken, die sowohl in der Zone II des KZ lagen als auch während der Spezlagerzeit genutzt wurden, sowie den Friedhof einbeziehen, wurde als besonders geeignet für einen Museumsbau zu diesem Thema angesehen.

Im Mai haben erstmals seit der Gründung des internationalen Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten die beiden Beiratskommissionen (I: Zur Geschichte der NS-Verfolgung in Brandenburg, Ravensbrück und Sachsenhausen; II: Zur Geschichte der Speziallager in Sachsenhausen) gemeinsam getagt, über den vorliegenden Entwurf beraten und einstimmig seine Realisierung empfohlen. Es ist zu erwarten, dass der Stiftungsrat sich während seiner Sitzung Ende Juni dem Votum anschliessen wird. Damit kann das mit sehr kurzen Fristen arbeitende Projekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Ausstellung bereits Ende nächsten Jahres zu eröffnen, einen wichtigen Schritt vorangehen.

*Dr. Horst Serferenz
ist Pressesprecher
der Stiftung Branden-
burgische Gedenk-
stätten.*

*Meherer Pressetexte
wurden von Thomas
Lutz zu diesem Artikel
zusammengefasst
und dabei geringfügig
ergänzt.*



Literaturhinweise

Abbati, Caterina: Ich, Carmen Mory: das Leben einer Berner Arztochter und Gestapo-Agentin (1906–1947). Zürich, Chronos: 1999, 262 S.

Ailsby, Christopher: Waffen-SS: the Illustrated History 1923–45. Osceola: MBI, 1998, 224 S., zahlr. Ill., ISBN 0-7603-0564-1

Albert, Reinhold: Geschichte der Juden im Grabfeld. 2., unveränd. Aufl. Bad Königshofen i. Gr.: Verein für Heimatgeschichte im Grabfeld e.V., 1996, 120 S., zahlr. Ill. (Schriftenreihe des Vereins für Heimatgeschichte im Grabfeld e.V.)

Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg e.V.: Dokumentation 1997–1998 (Ausstellung »Erinnerung«, Überlebendentreffen 97, Regensburg, Resolution »Zukunft der Gedenkstätte«, Todesmarsch Regensburg–Laufen). 1998

Braune Saat in jungen Köpfen: Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt. Manfred Büttner [Hrsg.], Baltmannsweiler: Schneider-Verlag Hohengehren, 1999, 450 S. ISBN 3-89676-146-3

- 1. Theorie und Ideologie des Rechtsextremismus und Nationalsozialismus in Geschichte und Gegenwart. 244 S., ISBN 3-89676-147-1
- 2. Unterricht und Erziehung gegen Rechtsgewalt. 245 S., ISBN 3-89676-148-X

Breitman, Richard: Official Secrets: What the Nazis Planned, What the British and Americans Knew. New York: Hill and Wang, 1998. 325 S., ISBN 0-8090-3819-6

Brustein, William: The Logic of Evil: the Social Origins of the Nazi Party 1925–1933. New Haven: Yale University Press, 1996. 235 S., ISBN 0-300-06533-7

»Dann kam die deutsche Macht«: weißrussische Kinderhäftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1941–1945 ; eine Dokumentation. Köln: Betrieb Rode-Stankowski, 1999. 205 S., zahlr. Ill., ISBN 3-932248-06-6

Demokratie ist verletzlich: Rechtsextremismus in Deutschland. 20 S., zahlr. Ill.

Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42. Hamburg: Christians, 1999. 789 S. (Hamburger Beiträge zur Spezial- und Zeitgeschichte, Quellen; 3) ISBN 3-7672-1329-X

Digital Hate 2000: Interactive Report on the Internet. Los Angeles: Simon Wiesenthal Center, 1999, 2 CD-ROMs

Dokumentation Internationaler Landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb »Ehemaliges Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück«. Fürstenberg/Havel: Stadt Fürstenberg/Havel. 93 S., zahlr. Ill.

Educational Resource Guide on the Holocaust: a selected Bibliography and audio-visual Catalogue 1999. William L. Shulman [Hrsg.]. New York: Holocaust Resource Center and Archives, 1999, 36 S.

Ferri, Enrico: La vita Libera: Biografia di Don Arrigo Beccari 1933–1970. Amministrazione Comunale Di Nonantola, o. J., 265 S., zahlr. Ill.

Forschen, Lernen, Gedenken: Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, 1998, 124 S.

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte: IX. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Leipzig 15. und 16. Mai 1998 ; Dokumentation. Leipzig: Friedrich-Ebert-Stiftung. 123 S. (Bautzen-Forum; 9) ISBN 3-86077-447-6

Gedenkstätte Konzentrationslager Hesselental: eine Zusammenfassung der »Initiative – KZ Gedenkstätte Hesselental«. Initiative – KZ Gedenkstätte Hesselental. 21 S., Ill.

Gedenkstätten in Baden-Württemberg. 2. Aufl. Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg, 1998, 40 S., Ill.

Gewissen gegen Gewalt: für ein Else Lasker-Schüler-Zentrum der verfolgten Künste. Hajo Jahn [Hrsg.]. Wuppertal: Edition Künstler-treff, 1999, 134 S.

Hermann Bode (1911–1944): ein Braunschweiger Stadtverordneter im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Hans-Peter Klausch [Hrsg.]. Berlin: trafo verlag, 1999, 228 S. (Biographien europäischer Antifaschisten; 6) ISBN 3-89626-146-0

Hidden History of the Kovno Ghetto. Boston: Bulfinch Press, 1998, 255 S., überw. Ill. ISBN 0-8212-2457-3

Hier wird jeder Wille gebrochen: Arbeits-
erziehungslager Lahde 1943–1945 / Petershagen:
Stadt Petershagen, 1995, 103 S., Ill.

Hohmann, Joachim S.: Die thüringische Rhön
im »Dritten Reich«. Erfurt: Landeszentrale für
politische Bildung Thüringen, 144 S.

Jahresbericht der Stiftung Brandenburgische
Gedenkstätten 1996. Oranienburg: Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten, 1997 (1996),
64 S., Ill.

Kaplan, Marion: Between Dignity and Despair:
Jewish Life in Nazi Germany. New York:
Oxford University Press, 1998, 290 S., Ill.
ISBN 0-19-511531-7

Kienle, Markus: Das Konzentrationslager Heuberg
bei Stetten am kalten Markt. Ulm; Münster:
Klemm und Oelschläger, 1998. 220 S., Ill.
(K & O Wissenschaft; 1) ISBN 3-932577-10-8

Knigge, Volkhard: Konzentrationslager
Buchenwald 1937–1945; Speziallager Nr. 2 1945–
1950: zwei Lager an einem Ort – Geschichte und
Erinnerungskonstruktion; Bericht für die
Enquête-Kommission »Überwindung und Folgen
der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen
Einheit«. Volkhard Knigge; Rikola-Gunnar
Lüttgenau; Bodo Ritscher; Harry Stein. Weimar-
Buchenwald: Landeszentrale für politische
Bildung Thüringen, 1998, 184 S.

Kramer, Helmut: Plädoyer für ein Forum zur
juristischen Zeitgeschichte. Bremen: Forum
Justizgeschichte – Vereinigung zur Erforschung
und Darstellung der deutschen Rechts- und
Justizgeschichte des 20. Jahrhunderts e.V., 1998,
42 S., ISBN 3-929542-12-9

KZ-Gedenkstätte Dachau – Pressespiegel 1998.
Dachau: KZ-Gedenkstätte Dachau, 1999, 104 S.

Langenheime, Henning: Mordfelder: Orte der
Vernichtung im Krieg gegen die Sowjetunion.
Berlin: Elefant Press, 1999. 139 S., zahlr. Ill.
ISBN 3-88520-731-1

Lumsden, Robin: Himmler's Black Order:
a History of the SS 1923–45. Gloucestershire:
Suitto Publ., 1997, 288 S., Ill.

MacLean, French: The Cruel Hunters:
SS-Sonderkommando Dirlwanger; Hitler's Most
Notorious Anti-Partisan Unit. Atglen: Schiffer,
1998, 303 S., Ill., ISBN 0-7643-0483-6

Mahnmal, Erinnerungsorte, Museum: die Reali-
sierung ; Dokumentation zum Denkmal von
Dagmar Pachtner Ingolstadt 1998/99. Ingolstadt:

Initiative für Mahn- und Gedenkstätten in
Ingolstadt, 1999, 110 S., zahlr. Ill.

Maur, Hans: Berliner Gedenkstätten: Orte des
Terrors, der Verfolgung und des Widerstandes;
Menschen – verfolgt, verfeimt, verbannt,
ermordet – 1933 bis 1945. Berlin: Berliner Vereini-
gung ehemaliger Teilnehmer am antifaschisti-
schen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes
und Hinterbliebener – Geschichtswerkstatt, 1998,
240 S., Ill.

Moll, Werner (Hg.): Die katholischen deutschen
Martyrer des 20. Jahrhunderts: ein Verzeichnis.
Hgg. im Auftrag der Deutschen Bischofskonfe-
renz. Paderborn, Schöningh: 1999, 2 Bände,
zus. ca. 1500 S.

Moll, Helmut: »Wenn wir heute nicht unser Leben
einsetzen ...«: Martyrer des Erzbistums Köln aus
der Zeit des Nationalsozialismus. Hgg. vom
Bildungswerk der Erzdiözese Köln. Köln: 1998, 96 S.

Mothers, Sisters, Resisters: Oral Histories of
Women Who Survived the Holocaust. Bana
Gurewitsch [Hrsg.]. Tuscaloosa ; New York:
University of Alabama Press, 1998, 396 S., Ill.,
ISBN 0-8173-0952-7

Musei della provincia di Modena. Modena, 1998,
117 S., zahlr. Ill.

Museum of Jewish Heritage: a Living Memorial
to the Holocaust; 1999 Annual Report. New York:
Museum of Jewish Heritage, [1999], 24 S., Ill.

Nikolaus Wasser: Bonner Kommunist und
Widerstandskämpfer; Erinnerungen (1906–1945).
Horst-Pierre Bothien [Hrsg.]. Bonn: Stadtmuseum
Bonn, 1999, 128 S., Ill. (Forum Geschichte; 2)
ISBN 3-931878-09-0

Ohrmund, Andreas: Internet für Historiker: eine
praxisorientierte Einführung. Andreas Ohrmund;
Paul Tiedemann. Darmstadt: Wissenschaftliche
Buchgesellschaft, 1999, 142 S.

Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und
sowjetische Kriegsgefangene im deutschen
Reichsgebiet 1941/1942. München: Oldenbourg,
1998, 288 S. (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte
für Zeitgeschichte; 77) ISBN 3-486-64577-3

Partigiani: gegen Faschismus und deutsche
Besatzung ; der Widerstand in Italien. Rom:
Institute für Widerstand und Zeitgeschichte
Modena, Parma, Reggio Emilia, 1999. 63 S., überw. Ill.

Problems Unique to the Holocaust. Henry J.
Cargas [Hrsg.]. Lexington: University Press of
Kentucky, 1999, 197 S., ISBN 0-8131-2101-9

Räume – Medien – Pädagogik: Kolloquium zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau. Augsburg: Haus der Bayerischen Geschichte, 1999, 103 S. (Materialien zur Bayerischen Geschichte und Kultur; 6)
ISBN 3-927233-65-X

»Den Rauch hatten wir täglich vor Augen«: der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma. Romani Rose [Hrsg.]. Heidelberg: Wunderhorn, 1999, 379 S., überw. Ill.,
ISBN 3-88423-143-X

Readings for the Holocaust and Hope Educators' Study Tour. Ontario: League for Human Rights of B'nai Brith Canada, 1998, 198 S.

Readings for the Holocaust and Hope Student Tour 1998. Ontario: League for Human Rights of B'nai Brith Canada, 1998. 160 S.

Reidenbach, Werner: Was wurde aus der jüdischen Bevölkerung Merxheims?: Ergebnisse einer Spurensuche. Berlin: Selbstverlag, 1998, 42 S., zahlr. Ill.

Richter, Heinz A.: Griechenland im Zweiten Weltkrieg. Bodenheim: Syndikat, 1997, 515 S., Ill. (Peleus; 2)
ISBN 3-931705-13-7

Risiera Di San Sabba: Monumento Nazionale. Trieste, Comune di Trieste: o. J., 40 S., zahlr. Ill. (mehrsprachige Broschüre)

Rueß, Karl-Heinz: »Was in Paris geschah, das habt ihr zu büßen!«: die Pogromnacht in Göppingen. Göppingen: Selbstverlag, 1998, 51 S., Ill.

Schmitz, Hermann: Adolf Hitler in der Geschichte. Bonn: Bouvier, 1999, 418 S.,
ISBN 3-416-02803-1

Il sentiero della memoria. Carpi; Montefiorino; Nonantola. 15 S., zahlr. Ill.

Skinheads. Berlin: Verwaltungsdruckerei, 1998, 49 S., Ill. (Durchblicke (1998); 9)

Sommerlager 1999. Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 1999, 35 S.

Steinhaus, Federico: La Comunità Ebraica di Merano. Federico Steinhaus; Rosanna Pruccoli. Merano: Comunità Ebraica di Merano, 1998, 34 S., zahlr. Ill. + Stadtplan

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Dialog Ostdeutschland, 1999, 172 S.,
ISBN 3-86077-799-8

Stokes, Lawrence D.: Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34: zur Geschichte eines »wilden« Konzentrationslagers. überarb. Fassung. [1998], 60 S.

Stoltzfus, Nathan: Resistance of the Heart: Inter-marriage and the Rosenstrasse Protest in Nazi Germany. New York; London: Norton, 1996, 386 S., ISBN 0-393-03904-8

Taylor, James: The Penguin Dictionary of the Third Reich. James Taylor; Warren Shaw. überarbeitete Aufl. London: Penguin, 1997, 341 S.

Terezin Memorial: Annual Report for 1998. Terezin: Terezin Memorial, 1999, 23 S.

Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944: Medien und Materialien für die Bildungsarbeit. Monika Gödecke [Hrsg.]. Hannover: Medienpädagogisches Zentrum Hannover, 1998, 62 S., Ill. (Materialien zur Medienpädagogik; 17)

Villani, Cinzia: Ebrei fra Leggi Razziste e Deportazioni nelle Province di Bolzano, Trento e Belluno. Trento: Società di studi trentini di scienze storiche, 1996, 221 S. (Collana di monografie; 57)

Walz, Loretta: Erinnern an Ravensbrück. Oranienburg: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, 1998, 112 S., zahlr. Ill.

Widerstand als Bekenntnis: die Zeugen Jehovas und das NS-Regime in Baden und Württemberg. Hubert Roser [Hrsg.]. Konstanz: UVK Universitätsverlag, 1999, 347 S. (Portraits des Widerstands; 6)
ISBN 3-87940-630-8

Widerstand aus christlicher Überzeugung: Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus: Dokumentation einer Tagung. Essen: Klartext, 1998, 67 S. (Historische Schriften des Kreis-museums Wewelsburg; Beiheft 1)
ISBN 3-88474-670-7

Winter, Walter Stanoski: WinterZeit: Erinnerungen eines deutschen Sinto, der Auschwitz überlebt hat. Walter Stanoski Winter; Thomas W. Neumann [Hrsg.]. Hamburg: Ergebnisse Verlag, 1999, 124 S., Ill., ISBN 3-87916-050-3

Zeiger, Antje: Todesmärsche im Frühjahr 1945: Evakuierungen aus Konzentrationslagern im Gebiet Mecklenburg/Vorpommern. Zeiger. Sonderdruck Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 1998, S. 477–503

Zur Arbeit gezwungen: Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945. Rimco Spanjer [Hrsg.]. Bremen: Edition Temmen, 1999, 328 S., Ill.,
ISBN 3-86108-735-9